

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Inserionsgebühr
Beträgt für die fünfgespaltene
Reizzeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 97. Breslau, Donnerstag, den 25. April 1895. VI. Jahrgang.

Die Vertreibung des Petroleums,

jenes gerade im Arbeiterhaushalt so unentbehrlichen Artikels, legt die Frage nach den Ursachen dieser für die Tasche der Arbeiterfrau besonders empfindlichen Erscheinung sehr nahe. Wir sind bereits mehrfach auf die Angelegenheit eingegangen, versäumen jedoch nicht, unsere Leser mit den sehr instructiven Ausführungen bekannt zu machen, welche die „Leipz. Volksztg.“ über dieses Thema in Folgendem macht:

Die Trust's sind die, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zur höchsten Blüthe entfaltete, den Cartellen vor allen Welt als Muster dienende höchste Form der Unternehmervverbände. Und unter ihnen leuchtet als Gebilde auf oberster Stufenleiter der Standard Oil Trust, an dessen Spitze der smarteste aller Yankee's, Mr. John D. Rockefeller, steht, der Abkömmling einer deutschamerikanischen Familie.

Im Jahre 1857 wurden die ersten Delquellen in Pennsylvania und Ohio entdeckt. Zahlreiche Actiengesellschaften bildeten sich sofort, um das Rohöl zu raffinieren. Wenige Jahre später thaten sich Actiengesellschaften auf, die ein ungeheures Netz von Röhrenleitungen (pipe lines) herstellten, um das Rohöl aus den Delzenden bis an die nächsten Eisenbahnstationen zu leiten. Mit diesen Röhrenleitungen waren große Sammelbecken in der Nähe der Station verbunden, in die das Del geleitet und woraus es dann in besondere große eiserne Behälter, Tanks, gefüllt wurde. Zur Beförderung dieser Tanks auf den Bahnen dienten eigene Wagen, die tank-cars so daß das Rohöl auf die einfachste Art nach den meisten an der See gelegenen Raffinerien geschafft wurde. Jetzt fahren bereits seit Jahren Tank-Schiffe direkt zwischen Amerika, Europa, Asien und Australasien.

Auf das so eingerichtete Petroleumgeschäft gewann John D. Rockefeller, ein geriebener Geschäftsmann, der zuerst nur einen Antheil an einer kleinen Raffinerie besaß, entscheidenden Einfluß. Er schuf 1872 eine Gesellschaft, die South Improvement Company, die durch geschickte Verhandlungen mit den Bahnen, auf deren Linien das Rohöl nach den Raffinerien gebracht wurde, ermäßigte Frachtsätze für ihr Rohöl erzwang. So gelang es, durch die Herrschaft über die Tarife sämtliche Raffinerien und Röhrenleitungen bis auf wenige in ein vollkommenes Abhängigkeits-Verhältnis zu bringen.

Die Ausbeutung dieses Machtverhältnisses übernahm die von Rockefeller gegründete Standard Oil Company von Ohio. Sämmtliche Zweige des Petroleumgeschäfts wurden in einem Unternehmen concentrirt, die out-siders (Sprich außer-Heider, eigentlich das Pferd, das beim Rennen wenig Aussicht auf Gewinn hat, hier der beim Verband fernbleibende Betrieb, der Eingänger), wurden zu Paaren getrieben, aufgelogen, zerlegt: sie unterwarfen sich oder brachen zusammen. Rockefeller emanzipirte sich dann von den Bahnen, indem er direkte Röhrenleitungen von den Delquellen nach den Raffinerien herstellte, so eine nach Philadelphia, Baltimore, Buffalo, Cleveland, Pittsburg und Chicago. 1882 wurde der Standard Oil Trust gegründet, an dem etwa fünfzig Personen theilhaft sind, Raffineure, Actionäre und Unternehmungen im Petroleumgeschäft (Röhrenleitungen, Raffinerien u. s. w.) und andere Großcapitalisten. Haupttheilhaber ist Rockefeller. Ein Ausschuß von neun Trustees (Vertrauensleuten) führt die Geschäfte; jeder Trustee erhält für seine Thätigkeit 100,000 Mark jährlich, ganz abgesehen von ihren Gewinnen als Theilhaber.

Die Einzelunternehmungen sind nur Zweiggeschäfte der Trusts, deren Leiter besoldete Beamte des Verbandes.

Die finanziellen Ergebnisse des Trusts, der den Markt beherrscht, die Production regelt, die Preise dicirt, sind glänzend. Auf die Trustsantheile kommt eine Verzinsung von mindestens 14 Procent. Während der parlamentarischen Enquete vor dem Repräsentantenhaus im Januar 1888 fanden die niemals auf offenem Markte gehandelten Certificate (Antheilscheine) auf 146.

Die Technik der Delgewinnung ist erheblich, dank den Vortheilen des Riefenbetriebes, verbessert worden, und eine Erhöhung der Preise ist eine lange Reihe von Jahren nicht eingetreten. Im Jahre 1872 ist die South Improvement Company gegründet worden, darauf bald die Standard Oil Company von Ohio. Der Preis des Petroleums fällt per Gallon (1 Gallon gleich 4 1/2 Liter) von 24.24 Cents (1 Cent gleich 4 Pf.) in 1871 auf 23.75 in 1872 und 18.21 in 1873 und dann mit einer Unterbrechung in den Jahren 1876 und 1877 bis auf 10.87 in 1878. Im Jahre 1879 wird die erste directe Röhrenleitung von den Delquellen nach den Raffinerien geleitet: der Preis des Petroleums fällt im Jahre 1879 auf 8.08 Cents. Im Jahre 1882 tritt der Standard Oil Trust ins

Leben, der Preis des Petroleums sinkt auf 7.41 Cents. Bis 1887 n. B. haben die Preisschwankungen nie mehr einen vollen Cent betragen, nach einer kleinen Erhöhung in den Jahren 1883 und 1884 fällt der Preis stetig, um 1887 mit 6.75 Cents zu schließen.

Die Gewinne, die der gegen den Wettbewerb auf Rückichtslosste vorgehende Trust aus der Concentration des Gewerbes zog, waren ungeheuer, weil es sich um einen Gegenstand des Massenverbrauchs handelte, dessen rationelle Erzeugung in größtem Maße von vornherein sich capitalistisch rentirte, gerade weil man den Preis nicht künstlich zu sehr in die Höhe schenkte, sondern ihn thatsächlich herabsetzte. In einer socialistischen Wirtschaft, wo der Unternehmerrgewinn fortfiel, ergäben sich freilich andere Resultate.

Rockefeller, der Typus des fin de siècle-Capitalisten, kommt sammt seinen Freunden natürlich nicht zu kurz; denn der Preisrückgang nimmt ab mit der Zunahme der Macht der Trusts. Wie E. V. Andrews in dem nordamerikanischen Quarterly Journal of Economics, in der Vierteljahrsschrift für Nationalökonomie, feststellt, ist in der Zeit von 1861 bis 1872, d. h. vor dem Bestehen irgend eines Trusts, der wirkliche jährliche Durchschnittsprocentsatz der Abnahme im Preise des Raffinirten und des Transportes des Oels zur Küste 10,4332. Von 1873 bis einschließlich 1881, während welcher Zeit der Trust noch in den Kinderschuhen steckte, betrug die Ziffer 7,3897. Von 1882 bis 1887, in den Jahren der Krise, belief sie sich auf 2,2879. Weil der Trust seine, d. h. capitalistische Interessen, verfolgt, sorgte er dafür, daß die Tendenz zur weiteren Abnahme gehemmt wurde, er schuf sich Monopolpreise, muß also den deutschen Agrariern, die im Antrag Ranitz, nur um vieles unverschämter und dümmer, dasselbe anstreben, als Ideal erscheinen.

Die Herrschaft des Standard Oil Trust auf dem Weltmarkt wäre uneingeschränkt, wenn nicht im fernen Osten am Kaukasus die russischen Petroleumbarone concurrirt und den Orient, die Balkanstaaten und zum Theil Westeuropa mit ihrem Erzeugniß versorgt hätten. Es kam zu Kämpfen und zu Verabredungen. Wenn die Verschmelzung des amerikanischen Trusts und der russischen Petroleummonopolisten Nobel und Rothschild noch nicht eine volkündete Thatsache ist, so steht sie doch bevor. Unstreitig gehen die Yankee's und die Russen gemeinsam vor, sie sind cartellirt und operiren nach bestimmtem Plane. Es steht fest, daß die Russen seit

Die gute Partie.

(Schluß.)

Doctor Morgenthal hatte wohl eingesehen, daß sein Client so viel wie gar keine Aussicht hatte, den Prozeß zu gewinnen. Aber was ging das ihn an? Ein guter Advokat durfte am Ende nichts für unmöglich halten, mußte dem Richter alles zumuthen können. Er wollte versuchen, den Anspruch Soran's durch Analogien aus dem Gesetz zu begründen. Da ließ sich Geist entwickeln. Die Richter und der gegnerische Anwalt sollten Gelegenheit bekommen, seine glänzende Diction und seinen juristischen Scharfsinn zu bewundern. Und jetzt wollte er die Hauptprobe ablegen. In der Replik war erst Gelegenheit dazu. — Die Klage kann nur ein Gerippe sein, erst die Replik muß das Fleisch dazu liefern. — Er setzte sich hin und schrieb. Er schrieb mit Eifer, ohne Unterlaß, bis er die Prozeßschrift fertig hatte, in erster und in zweiter, endgültiger Fassung. Zuerst kam die waghalsige juristische Deduction, welche den größten Theil des Aufsatzes ausfüllte, dann ein rhetorischer Ausfall gegen die Lebensführung und das sittliche Niveau der Beklagten, die nicht nur die Heiligkeit der Ehe mit Füßen getreten, sondern auch seinen von ihr verführten Clienten schände ausgeübt habe. Ihre Handlungsweise streife hart an die Grenze des strafrechtlich zu Ahndenden. Jedwfalls sei sie civilrechtlich die Herausgabe des ihr unter der Bedingung der

Heirath Geschenken haftbar, und er bitte, sie hierzu zu verurtheilen.

Doctor Morgenthal rieb sich die Hände. Es war einstweilen Ganzfleisch geworden. Er eilte davon — seinen Junggesellenfreunden entgegen. —

Am anderen Morgen ließ er die Replik ins Reine schreiben. Als er des Mittags zu Gericht ging, nahm er die Reinschrift mit. Im Gerichtshause wollte er auch die ersten Erkundigungen über Fried einziehen. Es schlenderte nämlich Tag für Tag in den Gängen des Justizpalastes ein Individuum herum, das für die Herren Advocaten Actenabschriften um einen Spottpreis besorgte. Man zahlte ihm bloß zwanzig Kreuzer für den Bogen. Davon fristete der Mann sein Dasein. Er war einst Advocat gewesen, war disciplinirt worden und dann von Stufe zu Stufe gesunken. Weil er in allen Volksschichten herumgekommen war und viel freie Zeit hatte, kannte er fast die ganze Stadt, die verstorbenen, die lebenden und unter Umständen auch die noch nichtgeborenen Menschen. Man benützte ihn deshalb auch als Auskunftsbureau. An diesen Mann wendete sich Doctor Morgenthal.

„Sagen Sie doch, kennen Sie einen gewissen Bankier Fried, James Fried?“

„James Fried? — — — Bankier, sagen Sie? Ha, ha, Bankier, ha, ha, ha.“ Der Schreiber lachte unbändig und sah dann dem Advocaten forschend ins Gesicht.

„Ich bitte, was lachen Sie denn so?“ fragte Doctor Morgenthal indignirt.

„Muß man da nicht lachen, wenn Sie Bankier Fried sagen?“

„Was ist er denn?“

„Ein Wucherer ist er. Heutzutage nennen sie sich Escompteure oder gar Bankiers.“

„So, so . . .“

Doctor Morgenthal stockte. Trotz seiner Gewandtheit wußte er jetzt nicht, wie weiterzufragen, ohne aufzufallen. Es war ihm daher lieb, als der Alleswischer selbst begann:

„Vor einigen Jahren war er noch ein armer Wuchereragent. Seine Tochter hat ihn so hinaufgebracht.“

„Seine Tochter?“

Der Erzähler lächelte verständnißvoll.

„Ja, seine Tochter. Sie hat recht noble Bekanntschaften gemacht, die viel Geld getragen haben, und das hat sie redlich mit ihrem Vater getheilt. Zuletzt heirathete sie einen alten, abgelebten Baron, der bald starb und ihr eine mehr als ansehnliche Erbschaft hinterließ. Aber auch noch bei seinen Lebzeiten wußte sie sich schöne Nebeneinkünfte zu verschaffen.“

Dem armen Doctor wurde es eng und bang. Eine fürchterliche Ahnung dämmerte in ihm auf.

„Wie heißt denn die Tochter des Bankiers?“ fragte er bekommen.

„Das soll ich auch wissen, ob sie Laura, Bella, Miji, Kathi oder Luiza heißt?“

geraumer Zeit trotz der ihnen von der russischen Regierung bewilligten niedrigen Frachtsätze nicht erheblich nach Deutschland exportieren.

In Deutschland ist die Markt-lage abhängig in erster Reihe von dem Trust des Herrn Rockefeller, der bei uns seine Zweigniederlassungen, die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft in Bremen und die American Petroleum-Company eingerichtet hat.

Jetzt aber ist in dem Zweikampfe eine Pause eingetreten, die Petroleumpreise sind in kurzer Zeit reißend rasch emporgeschossen, und im Arbeiterhaushalte wird die Preissteigerung gar sehr gespürt.

Als Ursache wird der Rückgang der Ergiebigkeit der pennsylvanischen Oelquellen angegeben. Trotz der erhöhten Bohrtätigkeit sollen neue reiche Oelfelder nicht entbedt worden, die großen Vorräte sollen zusammenge schrumpft sein; so erklärte sich der überraschende Aufstieg der Preise.

Table with 3 columns: Year, Barrels, Production, Deliveries. Rows for 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899.

Die Statistik stammt aus dem New-Yorker Bureau des Mr. Rockefeller; ob sie den Verhältnissen entspricht, ist eine andere Frage.

Jedenfalls hat jetzt der heftige Wettbewerb zwischen Trust und Out-Siders aufgehört. Es ist nicht unmöglich, daß die habenden Concurrenten sich geeinigt haben, und daß ein Friede oder doch ein Waffenstillstand geschlossen worden ist zu Nutz und Frommen der Unternehmer, auf Kosten und zum Nachtheil der Verbraucher.

Doch das Commando über die Preise eines Massenartikels geht nur bis zu einer bestimmten Grenze,

da die Nachfrage hier entscheidend eingreift. Wird der Bogen überspannt, dann wird die Jagd nach Oelquellen beginnen, neue Felder werden aufgeschlossen, neue Beleuchtungsmittel benützt werden.

Die Preistreiber aber, die jetzt vor sich geht, wird Millionen Gleichgiltiger die Gewalt der Cartelle, die Vortheile der Centralisation, das unaufhaltsame Wachstum der zu Verbänden sich verschmelzenden Großbetriebe, dieser nothwendigen Vorstufen der collectivistischen Wirtschaftsweise, gründlich einpaulen.

Denn dieser ist die ökonomische Nothwendigkeit der Entwicklung der bürgerlichen Wirtschaftsweise. Er muß, er wird kommen.

Politische Rundschau.

Die Entrüstung der deutschen Völker anlässlich der Bismardabstimmung im Reichstage haben wir als nicht bestehend bezeichnet. Der Kaiser hat sich bezüglich dieser vermeintlichen Entrüstung bestimmt im Irrthum befunden.

Gegen die Freiheit der Wissenschaft. Die Aenderung der Universitätsverfassung soll nach

der „Frankfurter Zeitung“ in Preußen geplant. Man will den jetzigen Zustand in Preußen beseitigen, wonach der Minister keinen Einfluß auf die Habilitation hat und ohne Beschluß der Fakultät einen Privatdocenten auch nicht aus seiner Stellung entfernen kann.

Aus dem „freien“ Gegenwartsblatt. Aus Leipzig kommt die Nachricht, daß es den dortigen Lehrern vom Cultusministerium verboten worden ist ihnen die Theilnahme an allen „Körperübungsstrebungen“ und die Ausübung der ärztlichen Thätigkeit untersagt worden.

Die Dauerrednerie des Friedrich ruher Geburtstagskindes flößt der „Neuen Freien Presse“ in Wien Bewunderung ein. Die Centralorgan der bürgerlichen Gesinnungslosigkeit in Oesterreich ist ganz entzückt und ruft begeistert aus: „Wenn wir den Mann niemals bewundert hätten, müßten wir es thun! Diese Leistungen!“

Die Dauerrednerie des Friedrich ruher Geburtstagskindes flößt der „Neuen Freien Presse“ in Wien Bewunderung ein. Die Centralorgan der bürgerlichen Gesinnungslosigkeit in Oesterreich ist ganz entzückt und ruft begeistert aus: „Wenn wir den Mann niemals bewundert hätten, müßten wir es thun! Diese Leistungen!“

„So, wissen Sie denn das wirklich nicht?“ fragte der Schreib- und Auskunftsmanich verwundert.

Morgenthal schämte sich, daß er so perjurant hätte sein können, den Heirathsvermittler nicht nach dem ehrwürdigsten Namen der Wittme und seinen Klienten Soran nicht nach dem Familiennamen seiner einstigen Geliebten zu fragen.

„Kleber, v. Kleber.“ Er empfahl sich mit einem kurzen, herben Danke von seinem Gemährsmann.

„Eine bodenlose Frechheit von diesem Heirathsvermittler! Freilich, hunderttausend Gulden! Man müßte sie doch eigentlich auch persönlich kennen lernen, die Frau, um sie richtig beurtheilen zu können.“

Der Prozeß war aus. Das Urtheil wurde Herr Doctor Morgenthal am Tage vor seiner Verlobung

angestellt. Er wies die Ansprüche des Herrn Soran ab und verurtheilte ihn zur Zahlung von einigen hundert Gulden Kosten. Von dem abweisenden Erkenntniß wurde Herr Soran Mittheilung gemacht.

„So ist man also bei Beträgern schuglos angelassen! Sollen wir nicht appelliren, Herr Doctor?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

„Warten wir Ansicht?“

mir aufgelaufenen Kosten. Frau v. Kleber zahlte die Speise Ihres Vertreters, die Sie jedenfalls zahlen müssen, wenn Sie den Krieg dem Frieden vorziehen.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein. ging es am Ende ohne jeden Schaden für ihn.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

„Nun, was sagen Sie zu meinem Vorschlage?“ Herr Soran leuchtete der Vorschlag ein.

Literatur.

Von dem bekannten Werke August Bebel's „Jahre und der Socialismus“, ist die 25. Jubiläums-Ausgabe im Erscheinen begriffen und am 25. Febr. um das Buch auch weiteren zugänglich machen. Bislang liegen zwei Hefte vor.

noch „o poor old man“, ein armer gebrochener Greis sei. Und das war geschrieben angefehlt des als Glanzpunkt der Geburtstagsvorstellungen gepriesenen Gulbigungsspectakels der Studenten. Was nur die „bewundernswürdigen Leistungen“ selbst betrifft, so sollen sie beiläufig allesamt schon stenographirt sein, ehe sie gehalten sind; und werden nach jeder sogenannten Rede sofort vertheilt.

— „Die Culturaufgaben leiden nicht“. Aus Görlitz wird der „Preussischen Lehrerzeitung“ geschrieben: Man hat nicht nöthig, bis an die russische Grenze zu gehen, um in überfüllten Schulen das Elend preussischer Verhältnisse kennen zu lernen. Etwa ein halbes Stündchen von Görlitz liegt ein Vorort, das Dorf Mops, als Kirchengemeinde in unsere Stadt eingepfarrt. Dort kommen gegenwärtig 193 Kinder auf den einzigen Lehrer. Die im Schulzimmer zusammengepferchten Kinder müssen auch die Fensterbretter benutzen, um beim Schreiben, Zeichnen u. a. eine Unterlage zu haben.

— Nach dem Jahresabschluß der Reichs-Einnahmen pro 1894/95 erhalten die Einzelstaaten an Ueberweisungen 25 1/2 Millionen Mark mehr, als im Etat veranschlagt war. In Folge dessen vermindert sich der Mehrbetrag der Staatsbeiträge gegenüber den Ueberweisungen auf die geringe Summe von 4 2/3 Millionen Mark. Den Steuerfindern ist damit so ziemlich der letzte Vorwand genommen, auf die Durchführung ihrer volksfeindlichen Pläne zu dringen.

— Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit scheint, nachdem in der Schweiz Versuche damit gemacht worden, auch das Interesse deutscher Stadtvertretungen zu erregen. In einer Sitzung des Bürgerausschusses von Karlsruhe, in der das städtische Budget berathen wurde, regte in der Generaldebatte der freisinnige Stadtverordnete Dr. Weill die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit durch die Gemeinde an nach dem Vorgehen von Basel, das damit gute Erfolge erzielte. Stadtverordneter Fieser trat diesem Antrag bei und Oberbürgermeister Schnezler sagte einen Versuch zu.

Die Schweizerische politische Polizei hat wiederum einmal erbärmliche internationale Schergen Dienste gelebt. Der Bundescommissar Scherbs hat den vor der Nahe Crispis nach Lugano geflüchteten Sozialisten (nicht Anarchisten) Dr. Donatelli nicht nur aus dem Canton Tessin und der Schweiz ausgewiesen, sondern ihn trotz seiner verzweifelten Bitten direct an der Grenze den italienischen Carabinieri ausgeliefert. Diese führten ihn in Ketten in das Gefängniß von Como, von wo er zu zweijähriger Zwangsarbeit, zu der er verurtheilt war, nach der Mördergrube von Porto Ercole transportirt wurde.

Aus Italien werden immer neue Selbstthaten des Schurken Crispi und seiner Schergen gemeldet. Die „Miscoffa“, die muthvolle Vorkämpferin des Socialismus in Palermo, wurde in ihrer jüngsten Nummer dreimal hintereinander confiscirt. Darauf machte das Blatt eine frühere Drohung wahr und gab eine Nummer heraus, die von der ersten bis zur letzten Zeile nur mit der Scheere hergestellt wurde. Die Nummer ist ein Meisterstück von Redaktionskunst. Sie enthält 24 kleine Artikel, geschrieben von Crispi, von Mazzini, von den Crispi'schen Leiborganen „Riforma“, „Tribuna“ und „Giornale“, aber auch von „Secolo“ und der „Italia del Popolo“ in Mailand, wie von anderen radicalen und von einzelnen socialistischen Blättern Italiens. Jedem Artikel geht die genaueste Quellenangabe und die Bemerkung voraus, daß das Original nicht confiscirt wurde. So hat es denn auch der Staatsanwalt von Palermo nicht gewagt, diese Nummer mit Beschlag zu belegen. Und was war der Erfolg und Ausgang dieses Preßkampfes gegen Unterdrückung und Willkür? Die geschickte Zusammenstellung der „Miscoffa“ wirkte so revolutionär, daß das Blatt noch zwei Auflagen von der Nummer veranstalten mußte. Man riß sich um die Nummer auf der ganzen Insel; auch die Gegner lasen sie begierig, und vom Continent kamen zahlreiche Nachbestellungen. Sicher hat das Blatt seitdem seine regelmäßige Leserschaft verdoppelt. Nach einer statistischen Zusammenstellung des Blattes „Mino“ in Rom sind bis heute auf Grund des Schandgesetzes vom Juli 1884 5600 Gefangennahmen und Verurtheilungen, meist zu Zwangswohnsitz, erfolgt. Soeben meldet der „Secolo“ aus Florenz die fast ungläubliche Nachricht, daß die dortige Justizcommission einen vollkommen blinden Menschen, Namens Giovanni Cavilli, wegen socialistischer Umrtriebe zu fünf Jahren Zwangswohnsitz verurtheilt hat. Zugleich mit ihm wurde der Volkswahlmann und Schreiber Narciso Montini, der als Anarchist benuncirt worden war, gleichfalls zu

fünf Jahren Zwangswohnsitz verdammt. Der socialistische Abgeordnete Agnini hat auf seine Wieder-aufstellung als Candidat im Wahlbezirk Carpi verzichtet zu Gunsten seines Freundes Alfredo Bertesi, der soeben wegen seiner Theilnahme an socialistischer Agitation zu zwei Jahren Kerker verurtheilt wurde. Er spricht in einer öffentlichen Erklärung die Zuversicht aus, daß seine Wähler den edlen Vorkämpfer Bertesi durch ihre Wahl aus dem Gefängniß heraus seiner verzweifelten Familie wiedergeben werden. Mittlerweile aber ist nun auch Agnini von den richterlichen Handlangern Crispi's zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt wegen des gleichen „Delicts“. — Die grauenhafte Wirthschaft Crispi's und seines Schutzherrn prägt sich nicht nur in den Verfolgungen von Personen aus, sondern auch in dem Niedergang des Nationalvermögens und der Productivkraft des Landes. Nach den jüngst veröffentlichten statistischen Nachweisen hat sich der halbjährliche Eingang aus dem Tabakmonopol so gewaltig vermindert, daß er einen Betrag von sieben Millionen Francs weniger ergibt als der Eingang im gleichen Zeitraum von 1894. Eine ganz unerhörte Erscheinung für Italien ist ferner die gewaltige und noch immer zunehmende Verminderung der Staats-Einnahmen aus dem Lotto im letzten Jahre. Das Volk hat unter der wahnsinnigen und allgemein niederdrückenden Politik dieser Regierung selbst seine nationale Eigenthümlichkeit, die Hoffnung auf das Glück des Zufalls, aufgegeben. Vom socialistischen Standpunkt aus ist diese Erscheinung ja erfreulich, aber sie malt grell die Stimmung des Landes. Eine dritte, gewaltige Verminderung der Staatseinnahmen hat die unsinnige, plötzliche Erhöhung der Steuern auf Baumwollfabrikate im letzten Halbjahr hervorgebracht. Baumwolle ist die Kleidung der Armen, und vorzugsweise in diesem Lande der Armen, die Seide und Tuch nicht bezahlen können. In Folge dieser Steuer ist der Steuereingang des Staates aus Baumwollzeugen, also der Consum der Armen in diesem Stoff so erschreckend vermindert worden, daß die Regierung sich scheut, die genauen statistischen Zahlen anzugeben, und auf den vollständigen Jahresbericht vertröstet. Und gegenüber diesen Minder-Einnahmen die fortwährende Verschwendung von Millionen in Afrika, die gar kein Ziel und Ende absehen läßt. Der Bankrott des Landes kann unmöglich noch lange verschleiert werden.

In Portugal hat die Regierung, einerseits durch die finanzielle Klemme, andererseits durch die wachsende Opposition in die Enge getrieben, einen Staatsstreich gemacht. Sie hat die Kammer aufgelöst und auf eigene Faust ein neues Wahlgesetz proclamirt, was eine flagrante Verfassungsverletzung ist. Das jetzige Ministerium regiert schon seit längerer Zeit mit dieatorischen Mitteln, die um so mehr verschärft wurden, je bedrohlicher die durch den wirtschaftlichen Nothstand genährte Mißstimmung im Volke zunahm. Unbekümmert um die Bestimmungen der Verfassung, denen zufolge die Cortes am 2. Januar hätten zusammentreten müssen, ließ die Regierung diesen Zeitpunkt verstreichen, und um die Kraft der Oppositionsparteien, die sich in der letzten Zeit eng aneinander geschlossen hatten, an der Wurzel zu treffen, erließ sie kürzlich das neue Wahlgesetz. Dieses setzt die Zahl der Kammermitglieder von 180 auf 120 herab. Von diesen 120 dürfen höchstens 20 Aerzte oder Advocaten, höchstens 40 Beamte sein; Leiter und Rechtsanwälte von Syndikaten oder Gesellschaften, die zur Staatsverwaltung in Beziehung stehen, sind von der Wählbarkeit ausgeschlossen, active Militärs müssen mindestens den Generalarang haben, um wählbar zu sein. Die Abstimmung der Wahlen soll durch einen besonderen Gerichtshof erfolgen und dadurch den Einwirkungen des Parteigeistes entzogen werden. Bisher war jeder großjährige Portugiese wählbar, der mindestens 400 Milreis Einkommen hatte, Gelehrte und Offiziere waren keinem Census unterworfen. Von den 180 Abgeordneten, deren Mandate vier Jahre galten, entfielen 168 auf das portugiesische Festland, die Aoren und Madeira, 12 auf die Colonien. Die Vertheilung der Mandate durch die neue Wahlordnung erfolgt so ziemlich in demselben Verhältniß. Der Zeitpunkt für die Neuwahlen ist noch nicht festgesetzt. Wie es scheint, richtet sich die Maßregel gegen die hochbeinigen „Berpapilliker“. Ob die Bevölkerung diese ungesetzliche Handlung ruhig hinnehmen wird, steht dahin. Auf die bürgerlichen Kreise ist nicht viel Hoffnung in Bezug auf Widerstandskraft zu setzen.

Parteiangelegenheiten.

Meißeier. Soweit wir die Arbeiterpresse einsehen konnten, wird die Meißeier in Deutschland im wesentlichen in derselben Weise abgehalten werden, wie in den früheren Jahren. Das gilt sowohl von der Art und Weise der Fest-

lichkeit, wie von dem Zeitpunkt, wo die Feier vor sich gehen soll. Vielfach wird den Veranstaltungen am 1. Mai noch ein Fest am nächsten Sonntag folgen. In manchen Orten hat man die ausschließliche Bedeutung auf den ersten Montag gelegt. Nirgends aber wird ein Zwang dahin ausgedrückt, daß auch diejenigen die Arbeit ruhen lassen sollen, denen in diesem Falle die Entlassung aus der Arbeit sicher wäre, und das ist bei den elenden Wirthschaftsverhältnissen eben nach wie vor nicht außer acht zu lassen. Dagegen wird gewünscht, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die ohne Schaden feiern können, den 1. Mai durch Arbeitsruhe und Theilnahme an den festlichen Veranstaltungen ehren. Daß endlich die Feier ohne jede der Störungen vor sich gehen wird, die den Urhebern der Umsturzvorlage in ihren wüsten Kram passen könnten, ist bei der bewährten Intelligenz der Parteigenossen selbstverständlich und so wird auch diesmal wie immer die Meißeier ihren Zweck voll erfüllen: eine Demonstration des arbeitenden Volkes zu sein, deren tief ernster Bedeutung sich keiner unserer Gegner entziehen kann und die schon auf diese Weise kräftig mit schaffen hilft an der Herbeiführung besserer Zustände.

In Amsterdam beschloßen 40 Arbeitervereine, am 1. Mai Umzüge zu veranstalten.

Der neue Vorstand der badischen Landesorganisation war nach der Verlegung des Sitzes von Offenburg nach Freiburg i. B. von den Parteigenossen dieses Ortes zu wählen. Die Wahl ist vor einigen Tagen in einer stark besuchten Versammlung vollzogen worden und hat das Ergebnis gehabt, daß zum Vorsitzenden Hr. Haug, zum Kassirer J. Engländer, zum Schriftführer S. Dreifuß und zu Beisitzern A. Jüngst und A. Koch einstimmig ernannt worden sind.

— Eine sächliche Behörde hat — ungläublich, aber wahr! — eine socialdemokratische Beschwerde für gerechtfertigt erklärt. Der Stadtrath in Meerane hatte die zum 4. Februar geplante gemeine Volksversammlung verboten, wo Reichstags-Abgeordneter Auer vor seinen Wählern über die Umsturzvorlage berichten wollte. Der Einberufer der Versammlung legte dagegen Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft ein, und diese antwortete, sie habe die Beschwerde gegen das Verbot nach Lage des vorliegenden Falles „nicht als unbegründet“ erachtet können und deshalb den Stadtrath entsprechend beschieden. Falls der Bezirksausschuß in Sachsen nicht eine neue Blüthe treibt, wird Auer nun endlich mit seinen Wählern in Verbindung treten können.

Politische Prozesse.

Der Ausgang des Haller Anarchistenprocesses hat allgemein überrascht, da Niemand glauben konnte, daß man einer in voller Oeffentlichkeit wirkenden Gesellschaft mit Erfolg einen Proceß wegen Geheimbündelei machen könne. Die Begründung des Urtheils hat darum großes Interesse. In derselben heißt es nach den Berichten verschiedener Blätter:

Der Gerichtshof ist von der Erwägung ausgegangen, daß ein jeder Theilnehmer nach § 129 des St.-G.-B. zu bestrafen ist, wer an einer Verbindung theilnimmt, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ohne Rücksicht auf die Dauer der Verbindung. Daß der Communistische Club im Sinne des Gesetzes eine solche Verbindung ist, sei thatsächlich festgestellt und bleibt unangefochten. Auch ist als festgestellt erachtet worden, daß alle Angeklagten an einer Verbindung, zu deren Zwecken gehört etc., theilgenommen haben. Unter Zweck sind laut Reichsgerichtsentcheidung die Beweggründe zu verstehen, die in diesem Falle zur Gründung des Vereins führten. Nach den Angaben der Angeklagten sollte der Communistische Club den Zweck haben, Redner auszubilden, um dadurch eine Agitation in Masse bewirken zu können. Die Angeklagten leugneten auch nicht, daß sie die Herstellung einer neuen Gesellschaft erstrebten und die jetzige Gesellschaft in eine andere Form bringen wollten. Ihr Endzweck und der des Clubs war, auf den Trümmern der alten Gesellschaft eine neue zu errichten. Die Angeklagten haben sich ganz entschieden dagegen gewehrt, daß sie Gewalt oder ungesetzliche Mittel empfohlen hätten. Die Theorie des reinen Anarchismus geht davon aus, daß es möglich ist, eine Gesellschaft zu schaffen, die ohne gesetzliche Bestimmungen und Verbindungen existiren kann, wo Jeder weiß, was er zu thun und zu lassen hat. Der Gerichtshof hat aber der Behauptung der Angeklagten, sie wollten unter Vermeidung von Gewalt und ungesetzlichen Mitteln die neue Gesellschaft hervorbringen, keinen Glauben beigelegt. Kammerlich sind die Beurtheilten durch Auftreten in der Oeffentlichkeit so prägnante Charaktere geworden, daß sie sich sagen mußten, die jetzige Gesellschaft werde sich die Anwendung nach dem Wunsche der Angeklagten nicht so ruhig gefallen lassen, sondern sich dagegen wehren. Der Endzweck der Bestrebungen der Angeklagten war also, Maßregeln zur Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften. Demnach liegt der Thatbestand des § 129 vor und zwar bei Auer unter dem erschwerenden Umstande, daß er Vorsteher der Verbindung war. Bei den freigesprochenen Angeklagten, die zum Theil nur einer Sitzung beigewohnt hatten, war das Beweismaterial zur Ueberführung sehr schwach. Der Gerichtshof hat nicht angenommen, daß diese das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt haben. Bei Abmessung der Strafen ist berücksichtigt worden, daß der betreffende Verein anscheinend schon seit langer Zeit außer Thätigkeit gesetzt, und ist deshalb auf verhältnißmäßig geringe Strafen erkannt worden.

Diese Auslegung des § 129 des Strafgesetzbuches ist unseres Wissens ganz neu. Bisher hat als Erforderniß der Straffälligkeit gegolten, daß bestimmte Verwaltungsmaßregeln oder bestimmte Gesetze in Frage kommen mußten, gegen deren Ausführung sich die Thätigkeit richtete. Daß die auf die Befreiung bezügliche Aenderung von Gesetzen und Staatsverordnungen gerichteten Bestrebungen diesem Paragraphen verfallen könnten, ist bislang Niemandem eingefallen. Sollte diese Auslegung allgemein anerkannter Rechtsgrundsätze werden, dann können nur gleich alle politischen Vereine einpaßen. Die Umsturzvorlage ist dann absolut überflüssig.

Arbeiterbewegung.

Aus Burg geht uns folgender Aufruf zu: Genossinnen und Genossen! Der Bürger Schuhmacherzeit steht bei der deutschen Arbeiterbewegung noch in frischer Erinnerung. In Folge des Ausganges dieses Streiks wurde in allen Städten, wo die Bürger Schuhfabrikanten Filialen unterhalten, der Boykott über diese verhängt und von der gesamten deutschen Arbeiterbewegung bisher in anerkannter Weise fortgeführt. Am nun ihren durch den Boykott gesunkenen Absatz wieder zu heben, errichten die boykottierten Fabrikanten in allen größeren Städten Filialen und suchen durch Annoncen, die sie in Arbeiterblätter zu lancieren versuchen, die Arbeiterbewegung wiederzugewinnen. Dem gegenüber halten wir uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß der Boykott mit aller Schärfe fortgeführt werden muß, da die in Betracht kommenden Fabrikanten die Coalitionsfreiheit der Arbeiter bis jetzt weder anerkennen, noch die in Umlauf gesetzten schwarzen Listen zurückgezogen haben. Dazu kommt noch, daß sie die Arbeitsbedingungen verschlechtern. So hat z. B. die Firma Gleiche u. Grabow erst vor kurzer Zeit ihren Arbeitern bedeutende Lohnabzüge gemacht. Nachmals, Genossinnen und Genossen, agitiert, sorgt dafür, daß keine Arbeiterin und kein Arbeiter aus den boykottierten Geschäften Schuhwaren entnimmt, bis die von den Fabrikanten über uns verhängten Maßregeln zurückgenommen sind. Deshalb laßt Euch durch kein Mandat der Fabrikanten irre führen; die eventuelle Aufhebung des Boykotts wird nur durch das hiesige Gewerkschaftsamt erfolgen. Nachstehende Firmen stehen unter Boykott: Gleiche u. Grabow, Conrad Faf u. Cie. (Inhaber Alfred Zweig), Hohen, Krojanter, Dedermann u. Hönen.

Das Gewerkschaftsamt: F. A.: Max Katschke.
Der Vertrauensmann: E. Katurbe.
Sämtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Zur Beachtung! In der bürgerlichen Presse werden nach Schmölln in Sachsen-Meiningen für die Knopfabrik von H. Donath Arbeiter zu dauernder Beschäftigung gesucht. Es sei dazu bemerkt, daß sich in Schmölln ca. 50 Knopfabriker im Auslande befinden. Alle Arbeiter werden ermahnt, auf diesen Auswand aufmerksam zu machen und vor Zugang zu warnen.

Der Streit der Maurer und Zimmerer in Quidhorn und Hasloh ist beendet. Die Meister haben sämtliche Forderungen der Gesellen bewilligt.

Der dritte internationale Congress der Bergleute wird am 3. Juni in Paris abgehalten.

Gerihtliches.

Der Wirt-Automat. (Aus dem Berliner Schöffengericht). Angeklagter Lehmann: Ich habe ja nicht jein dem Schwarz, aber mit der Reichheit verhörmereich zu lassen, dazu verweise ich auf die geringste Zeit, denn warum? Man muß leben und von was soll der Bäckerei leben, wenn ich keine Steuern nicht berebble. — Vorsitzender: Sie sind der Schlichter Lehmann? — Angeklagter: Ich ganz Schlichter war ich früher wohl, jetzt bin ich Großindustrieller, indem der ich Nachts an der Gasse Müng- und Schönhäuserstraße ein Wirtsmagazin u'n Bauch drage, womit ich die Nachtmändler und die alleene lebenden Jungfern erquide und labe. — Vorsitzender: Kommen wir zur Sache. Sie haben in der Nacht vom 24. zum 25. November vorigen Jahres den Bäckergehilfen Schwarz geschlagen und seine Augen daran verletzt, daß es ein Wunder war, daß Schwarz sein Augenlicht nicht verloren hat. — Angeklagter: Was ist er so'n Jidendecker. Ich habe ihm dreimal warm und wer nicht hören will muß fühlen. Er ist der Herrdel, war anfangen hat. Ich bin ein ruhiger Bürger und berebble meine Steuern for'n Bäckerei. — Vorsitzender: Lassen Sie das alberne Gemisch. — Was können Sie in Ihrer Verteidigung vorbringen? — Angeklagter: Er hat mir das Geschäft verunruhigt mit ein Wort gesagt. Ich habe gerade so'n keinen Kunden bei mir stehen, er wird wohl'n Straf gemessen sind, der verlangte zwei Hundeländer. Da komme ich zu dem Bäckerei, heißt sich so recht bravdändig neben ihm, der erige Baderbein so recht bravdändig vorgebracht, und sagt zu dem Kunden, was der Straf war: Na, von der geschriebt wärdte ich so zu keinen Kunden, und wie der Wirt, der Gott aus der Wirt'st Orgie, wenn er: „Hören Sie, wie der alte Drochikengaul noch wiehern.“ — Vorsitzender: Erzählen Sie etwas Kluges. Sie wollen also gerich werden? — Angeklagter: Jetzt? Anjunkt hat mir der Obercheffe. Darauf sage ich bloß: Ranneten wenn Du schon lange keine Beschäftigung gesucht hat, um Du willst es, dann brauchste bloß nochmal in die Gasse zu rufen. Wer denken

Sie, der Mehlwurm hält den Rand? Keen Been! Kunträremäng quacht er immer man von wejen fünf Fleisch un mehr son Etel. Ich verwarne ihn zum zweiten Mal, indem ich ihn mit ein Paar heiße Knobländer so ganz sachten um die Nase rumkühlte. — Vorsitzender: Das heißt, Sie haben ihn in's Gesicht geschlagen — Angeklagter: Das war bloß eine ganze dusenartige Ermahnung, weil er mir's Geschäft in Grund und Boden rinuzte. — Vorsitzender: Nun weiter, aber schnell. — Angeklagter: Nach die Bekanntschaft mit meine Würschfabrikate war er verduftet. Nun kamen zwei Jungfern an mein Metje von wejen Hunger. Von der andren Seite kommt mein Schrippenbengel wieder an um hat sich unterdessen mit een Mädchen verlobt, denn die hing an sein een Arm. Nu höre ich, wie er zu det Mädchen sagt: „Nu feste, eh je noch rinbeijen.“ Nu fingt das Stüde Braut an zu de Jungfern, wat meine Kundchaft war, zu reden: „Wat wollt Ihr denn die Würschte präveln um Euch u Magen verrenken mit's Bellsfleisch, wer weest, von wat for'n Körper die sind.“ Und er setzt mir noch wat zu: „Meine jeebten Damen, kommen Sie man mit mich zu'n Würschautomaten. Da stecken Sie u Nickel rin un raus kommt uf ne Schale von Albuminum en paar Wiener, aber nicht so wat Klücker, mit'n Bröteken un mit Mochrich.“ Nun lachen die Mädchen, drehn sich um un macher: sich dünne. Natürlich war't aus mit meine Hölichkeit. Ich mit meine sammtliche Zinken rin in mein Mochrichrop un dem Bäcker schmer ist damit eene in seine dämliche Viehische rin, der ihm Hören und Sehen verging. — Vorsitzender: Jamohl, er schrie „meine Augen und mühte sofort ins Krankenhaus geschafft werden, in dem er drei Wochen verbleiben mühte. — Lehmann wird zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. — Angeklagter: Ich fände det u bisten happig: die drei Wochen, wo ich nicht mit meine Würschte verdienen kann, zick ich unbedingt dem Bäckerei ab.

Vermischtes.

Ein schweres Verbrechen ist am zweiten Osterfeiertag von Soldaten der Thomer Garnison begangen. Ein Soldat eines Infanterie-Regiments brach gegen 12 Uhr Nachts ein Mädchen aus einem Tanzlokal nach Hause. Das Paar wurde von einem Schwarm Artilleristen angefallen, der Soldat in fürchterlicher Weise geschlagen und das Mädchen vergewaltigt. Ein in unmittelbarer Nähe des Thortes wohnender Schlichtermeister, der von dem Geräusch und Lärm erschrocken war und Hilfe bringen wollte, konnte der Uebermacht gegenüber nichts ausrichten, auch blieb das Rufen nach dem Nachwächter erfolglos. Erst als die Geiseln gewickelt wurden, um eine Patrouille von der Hauptwache zu holen, entfernten sich die Artilleristen. Der Commandantur ist Anzeige erstattet worden, und da die Nummer der Compagnie sowie des Regiments, dem die Schuldigen angehören, festgestellt worden ist, wird ihre Verurteilung hoffentlich gelingen.

Jonas Erbs taucht wieder auf. Die Legendenbildung, die in vorgeschichtlichen Zeiten so herrliche Blüten trieb, ist auch in unseren Tagen noch nicht ausgeblüht. Am meisten hat sie sich allerdings wohl mit der Person des romantischen „Jonas Erbs“, des auf See verirrten Erzberger's Johann Salomon von Österreich, beschäftigt. Den neuesten Versuch von Johann Erbs hat sich nun der Londoner „Standard“ telegraphisch gemacht. Danach soll der berühmte japanische Märchenheld Jemogara niemand anders als der vermisste Erzberger's Johann Salomon (J) sein. Als Gründe gibt der Correspondent des „Standard“ an: 1. Der Erzberger's Johann ist, nachdem er seine Schiffmannschaft in der Nähe von Sa Sava erloschen, nach unermessigen Verirren nach Strahlen und von dort nach Japan gegangen; 2. daß die ganze japanische Zeit im gegenwärtigen Kriege auf den Grundtagen aufgebaut ist, welche der verirrte Erzberger's dem Erzberger's Jemogara gegenüber verteidigte, was zum großen Nutzen der Soldaten geführt hat; 3. daß die ganz kühn eine kühne Familie Jemogara in Japan nicht existiert habe.

Eine Sauerbrot. Vor einigen Jahren wird bekanntlich aus in England zwei vorzügliche Sauerbrote in Österreich und Deutschland im Handel. Diese koste Sauerbrot nach England eingeführt worden von vor, daß sie große Mengen von Soldaten zu verurteilen können, ließ auch Sauerbrotchen mit demselben Geschmack und erst zu Hause angefangen, haben die Soldaten, daß sie in theures Geld Sauerbrot gekauft hatten. Aber dann man keine sichere Kaufmannschaft, ob die wirtliche Polizei diesen Sauerbrot das Handwerd geliegt hat. Gingen dann aus Paris die Meldung, daß diese wirtliche Sauerbrotchen dem aufgefunden und verurteilt worden sind. Ein 61-jähriger Mann, der 25 als wirtlicher Offizier, Kommandant im Hotel

erschrieb, war vor einigen Tagen mit einigen Säcken voll Kupferstaub nach Paris gekommen. Die Polizei war auf seiner Fahrt und nahm ihn mit zwei Helfershelfern fest. Die Wände hatte in den letzten Monaten von Rußland aus versucht, mit französischen Kaufleuten in Verbindung zu treten.

Die Kölnischwasser-Trinkerinnen. Die englischen Bourgeoisinnen haben das Trinken von Eau de Cologne (Kölnischwasser) in Schwung gebracht. Dem Beispiel der englischen Ladies folgen auf dem Festland die vornehmsten Damen; darunter Großfürstinnen und Prinzessinnen. Wer sich einmal das Eau de Cologne-Trinken angewöhnt hat, kann es sich nur mit großer Ueberwindung und mittelst ärztlicher Cur wieder abgewöhnen. In letzter Zeit hat eine russische Großfürstin viel von sich reden gemacht. Sie trug zeitweise ein auffälliges Benehmen zur Schau, das den Hof comiternirte. Alexander III. und seine Gemahlin waren nicht wenig über das Treiben der Großfürstin erlittet und konnten es sich nicht erklären, da diese, eine geborene deutsche Prinzessin, als Mädchen stets ein Muster der Sittsamkeit gewesen. Es kam öfters vor, daß sie bei Hofgesellschaften laut aufschrie, küßelte, mit den Hofdamen Streit begann und sogar der Kaiserin ungebührlich begegnete. Der Czar ließ einen berühmten Nervenarzt aus Moskau nach Petersburg kommen und befahl ihm — ganz unbemerkt, als Hofbeamter verkleidet — die Großfürstin zu beobachten. Bei einem Hof-feste erschien die Großfürstin in einer excentrischen Toilette und augenblicklich machte sie den Eindruck, als wenn sie nicht recht bei Troste wäre; sie lachte fortwährend und taumelte zeitweise, als wenn sie fallen würde. Der angebliche Hof-beamte wurde ihr vorgestellt und statt ihm, wie es die Etiquette gebietet, zu begrüßen, klopfte sie ihm auf die Schulter und sagte ihm: „Du bist schon ein alter Kerl.“ Während des ganzen Festes trieb sie ähnliche Alloveria. Kaiser Alexander zog sich in seine Appartements zurück und ließ den Nerven-arzt zu sich befehlen. „Nun“, sagte der Kaiser, „wie Sie sehen, ist die Großfürstin irrsinnig.“ „Nein, Majestät, das ist sie nicht; sie ist einfach betrunken und hat einen Rausch, den sie Nachts ausschlafen wird.“ „Wie können Sie so etwas behaupten?“ lachte der Kaiser. „Die Großfürstin trinkt keine geistigen Getränke, nicht einmal Bordeaux und Champagner.“ „Aber sie trinkt Eau de Cologne.“ „Unmöglich!“ Die Großfürstin ist seit dieser Zeit in ärztlicher Behandlung. Jamohl: eine große Anzahl Damen in England, Rußland, Italien, Deutschland, trinken Eau de Cologne und berauschen sich, während ihre Umgebung sie für nervenkrank hält, was sie dann auch werden, wenn man dieser ihrer selbstmörderischen Gewohnheit nicht ein Ende macht. Das echte Eau de Cologne hat einen sehr guten Geschmack und ein Paar Tropfen genügen, um den Betreffenden in eine gehobene Stimmung zu versetzen; der Mißbrauch dieses Getränkes ist ebenso gefährlich, wie der des gewöhnlichen Branntweins. Es scheint, daß nicht allein die Armen, die Veritögner der unglücklichen Gesellschaft, ihr Glend im Rausch vergehen wollen, sondern daß auch so manche Persönlichkeiten auf der Höhe der Gesellschaft das Bedürfnis fühlen, sich in das Land der Träume hinüberzu-trinken.

Vergiftetes Brot. Eine geradezu unglückliche Vergiftungsgeschichte wird demnächst in der französischen Deputirtenkammer zur Sprache gebracht werden. Es handelt sich um die Starrkrampfepidemie, die im November vorigen Jahres im Greifen, Bettler- und Bagabonden-Asyl zu Nanterre ausgebrochen ist und der bis jetzt vier der Erkrankten erlegen sind. Die Ursache dieser Massenvergiftung ist vor dem betreffenden Anstaltsarzte in dem Brote entdeckt worden, das den Anstaltsassen geliefert wird. Dieses Brot ist, wie sich herausgestellt hat, mit verdorbenem Mutterkorn (Ergotin) enthaltendem Mehle bereitet. Nun ist das Ergotin ein Gift, das in der medicinischen Therapie in ganz geringen Dosen zur Erhöhung der Contractilität der Muskelfasern angewandt wird. Bei fortgesetztem Gebrauch jedoch ruft es die unter dem Namen „intermittirender Starrkrampf“ bekannte Krankheit hervor. Die behufs genauer Feststellung der Angelegenheit vorgenommene Experimente lassen keinen Zweifel darüber, daß dies in Nanterre der Fall war. Von 13 ausschließlich mit dem Anstaltsbrote gefütterten Matten sind nach Verlauf einer Woche zwölf unter genau denselben Vergiftungserscheinungen verendet, die bei den erkrankten Anstaltsassen beobachtet wurden. Man ist gespannt, wie sich die Anstaltsverwaltung aus der Kleinigkeit ziehen wird. Schon vor vier Jahren wurden bei dem Generalrath des Seine-Departement's Beschwerden über die schlechte Beschaffenheit des Brotes, das in der Anstalt verabreicht wurde, eingebracht, aber man lehrte sich nicht daran, sondern setzte den Kornpreis für die Brotlieferung um 25,000 Francs herab!

Größte und billigste Hutfabrik Gustav Nowak

Friedrich Wilhelm-Straße, Ecke Königs-Platz 3631

Die Naturheilkunde für Jedermann anwendbar!

Hauschak der **Gesundheit**

Sollstündlich bereitgestellt von Dr. Paul Schmidt. Mit Schlangen und bunten Mineralwasserstoffen. Sollständig in 17 Bänden a nur 10 St. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Colonialwaren, sowie den unterzeichneten Verlag, der auf Wunsch überallhin Probehefte gratis u. franco versendet. Repertoire unter günstigen Bedingungen überall gesucht!

H. Herrmann & Co. Verlag, Dresden.
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.

Neu eröffnet

Restor-Handlung

Salon Adequie 3

parisienne.

J. Silber.

3704

Strobbüte

direkt in der Fabrik

Neue Graupenstr. 11, Hof.

Frensd & Krebs.

Strobbüte nach Maß.

Gesangs-Abtheilung

des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.

Jeden **Freitag** von 8—11 Uhr:

Übungsstunde

im Vereins-Sokal (Kornmarkt Nr. 8).

Eintrittliches Erlöseamen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.

Der Obmann.

Liegnitz.

Am 1. Mai: Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Abends 8 Uhr, im Gasthof zu den „3 Bergen.“

Referent: **Genosse F. Feldmann.** Die Vertrauenspersonen.

Eintritt frei

NB. Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen können, versammeln sich Nachmittags 2 Uhr in den „3 Bergen.“

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Aus dem Reichstage. Die parlamentarische Maschine hat sich nun wieder in Gang gesetzt, aber dieser Gang ist vorläufig noch schwerfällig und schleppend. Ueber dem Hause liegt es noch wie ein schweres Gewicht, die Tribünen sind schwach besetzt und nur zwei Drittel der Abgeordneten hat es noch nicht die Mühe für werth befunden, sich im Reichstage einzufinden. Die Tagesordnung, die die beiden ersten Sitzungen ausfüllte, war auch nicht besonders verlockend. Die Novelle zum Zolltarif stand zur Verhandlung. Die Dienstagssitzung wurde beinahe gänzlich mit der Erörterung geschäftsordnungsmäßiger Nebenangelegenheiten und mit der Besprechung des Zollkrieges mit Spanien ausgefüllt. Die Majorität trug der Regierung die allgemeine Befugniß entgegen, gegen Länder, die deutsche Waaren ungünstig behandeln, die Zölle bis um 100 Procent zu erhöhen und auch Prohibitivzölle mit Zöllen zu belegen, die bisher zollfrei eingehandelt worden sind. Der Antrag der Bundesrath diese discretionary Gewalt in die Hand der Reichsregierung zu legen, trug der Name des Abgeordneten v. Stumm; der Eisenkönig war im Hause aber nicht anwesend, ja wird Berlin auf lange mit der Ehre seiner Anwesenheit nicht beglücken: er hat Urlaub bis zum Schluß der Session bekommen. Möge die Abwesenheit dieses Vaters der Umsturzworlage von guter Bedeutung für das Schicksal des Knechtelgesetzes sein. — Am Mittwoch hätte Schwerinstag sein müssen, der die Verhandlung des Auer'schen Antrages auf Sicherung der Arbeitsfreiheit der Arbeiter gebracht hätte. Die Majorität zog es jedoch vor, von der alten Gewohnheit abzugehen und die Fortsetzung der Zolltarifberatung vorzunehmen. Handelt es sich bei dem Auer'schen Antrage doch auch nur um eine Frage, die für die Arbeiterwelt von Bedeutung ist. Die Interessen der gewerbetreibenden Großfabrikanten müssen ja naturgemäß Vorrang haben. So schleppte sich denn auch am Mittwoch die Debatte über die einzelnen Positionen des Zolltarifs hin. Die Erhöhung des Zolls auf ausländischen Honig wurde bewilligt, obwohl sie Genosse Grillenberger, von Genosse Wurm secundirt, in einer schundigen Rede als schwere Schädigung der in der Nürnberger Lebkuchenfabrikation beschäftigten Arbeiter anpfl hatte. Die Debatte über die Erhöhung des Zolls auf Speiseöle, an der sich von unserer Seite Genosse Harm betheiligte, wurde nicht zu Ende geführt, sondern auf Donnerstag vertagt.

75. Sitzung vom 24. April, 1 Uhr. Zum Schriftführer an Stelle des Abg. v. Holleuffer wird auf Vorschlag des Abg. Grafen v. Humpesch der Abg. v. Norman (cons.) durch Zuruf gewählt. Sodann wird die zweite Verathung der Novelle zum Zolltarif fortgesetzt. Die Position betr. Bernstein, Seesalz, Eisenstein, u.

Waaren aus unedlen Metallen, vergoldet oder versilbert, Galanterie- und Quincailleriewaaren u. wurde debattelos nach den Vorschlägen der Commission angenommen.

Der Zoll auf Honig soll erhöht werden a) in Waben (Scheiben) auf 20 Mk., b) anderer, auch künstlicher, auf 36 Mk. festgesetzt werden.

Abg. Petoscha (Centr.) beantragt, den Zollsatz für Honig, natürlichen und künstlichen, allgemein auf 36 Mark festzusetzen, und stützt sich zur Begründung dieses Antrages auf verschiedene wissenschaftliche Gutachten, nach denen es unmöglich sein soll, mit Sicherheit künstlichen, aus Zucker hergestellten Honig von dem natürlichen zu unterscheiden.

Abg. Grillenberger (Soc.) weist auf die schwere Schädigung hin, welche die Nürnberger Lebkuchenindustrie schon durch die frühere Zollerhöhung für Wabenhonig von 3 auf 20 Mark erlitten habe. Durch eine weitere Erhöhung würde ihr der Concurrenzkampf fast unmöglich gemacht werden. Man motivire diese Zollerhöhung vielfach auch wieder mit der Nothwendigkeit, die Landwirtschaft zu schützen. Die Honigproduktion sei aber weniger Sache der Landwirthe, als die von Pastoren, Beamten u. s. w., welche die Bienenzucht aus Liebhaberei betreiben. Der schwere deutsche Honig ist zudem garnicht backfähig, der aus Westindien und Südamerika importirte Honig ist viel gleichmäßiger, leichter und deshalb weit besser geeignet. Zudem ist er auch erheblich billiger. Er wird mit 25 bis 26 Mark berechnet. Es ist daher sehr erklärlich, daß sich die Interessenten mit allen Mitteln gegen den Zoll wehren. 4000 Centner brasilianischen und westindischen Honigs kommen allein in der Stadt Nürnberg auf die Lebkuchenfabrikation. Das ergibt allein eine Mehrsteuer von 36,000 Mark jährlich und bei der spanischen Probenanz von 54 bis 72,000 Mark für die Stadt Nürnberg allein. Hierzu kommen noch eine Reihe weiterer bayerischer Industrieorte, die auf die Verwerthung des ausländischen Honigs angewiesen sind. Aber auch für die altbayerischen Provinzen ist die Frage von hervorragender Bedeutung und zwar besonders für die altbayerische Weibfabrikation, die in München noch eine ziemliche Rolle spielt. Die schwere Schädigung eines großen Industriezweiges ist also zu befürchten. Die Commission hat deshalb auch in erster Lesung die Erhöhung des Honigzolls mit ziemlicher Mehrheit abgelehnt. Dann wurde aber von dem sächsischen Bundesvertreter in der zweiten Lesung Ziffern in's Feld geführt, die die Mehrheit umstimmten. Diese Ziffern sind aber, wie sich herausgestellt hat, durchaus falsch gewesen (hört! hört! bei den Sociald.) und es ist das auch durch unsere Vertreter in der Commission nachträglich festgestellt und von dem sächsischen Bevollmächtigten eingeräumt worden. Aber diese Constataion erfolgte erst, als die entscheidende Abstimmung vorüber war. Der Import überseeischer Honigs hat sich nicht, wie der Regierungsvertreter behauptete, in den letzten Jahren ungeheuer gesteigert, er ist sogar von 93 auf 94 gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen. Prüft man, auf welchem Wege man dazu gekommen ist, eine Erhöhung des Honigzolls vorzuschlagen, so ergibt sich, daß nur eine sächsische Kunsthonigfabrik, die Firma Gebr. Langenlütke in Gödn bei Meissen auf die Idee verfallen ist, sich das Monopol für Kunsthonig in Deutschland zu sichern und die Honig- und Lebkuchenfabrikanten sämtlich von sich abhängig zu machen. Diese Firma will entdeckt haben, daß zwischen dem Kunsthonig, wie sie ihn aus Zuckerabfällen fabricirt und dem ausländischen Bienenhonig kein Unterschied zu bemerken sei. Diese Annahme ist nach den Gutachten erfahrener Chemiker falsch. Durch Anwendung von Bleisäure kann der Unterschied sofort nachgewiesen werden. Das Verfahren ist so einfach, daß es jeder Zollbeamter anwenden kann. Man braucht also nur dem Vorschlag der Nürnberger Lebkuchenfabrikanten beizutreten, nämlich dem, den für die Lebkuchenfabrikation notwendigen natürlichen Honig unter Zollverschluss bis an die Fabrik zu transportiren und dort seitens der Zollämter unterzuchen zu lassen. — Außerdem ist es Thatsache, daß Kunsthonig gar nicht importirt werden kann, weil er viel theurer zu stehen käme, als er im

Land zu haben ist, der Naturhonig ist aber für die Lebkuchenfabrikation nicht zu entbehren, und es würde sich lediglich um eine weitere Steigerung auf Kosten der Lebkuchenfabrikanten handeln. Auf die Conumenten läßt sich die Zollerhöhung nicht abwälzen. Eine Verschlechterung der Waare wird sich das Publikum nicht gefallen lassen. Aus der eigenen Tasche werden aber die Fabrikanten die Zollerhöhung auch nicht bezahlen. Sie werden sie auf die Arbeiter abwälzen. Der Lohn wird gekürzt, die Arbeitszeit verlängert und die Arbeiter zum Theil entlassen werden. Das darf nicht geschehen, noch dazu, wenn es sich nur um das eigensüchtige Interesse einer einzelnen Kunsthonigfabrik handelt. Die deutschen Zucker werden durch die Einfuhr derartigen ausländischen Honigs nicht geschädigt, der Fiskus hat aus dem erhöhten Zoll nur eine geringe Einnahme. Auf der andern Seite werden die Arbeiter und Fabrikanten geschädigt. Lehnen Sie deshalb die Zollerhöhung ab. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Geheimrath Henle glaubt weder an eine schwere, noch an eine leichte Schädigung der Honiglebkuchenindustrie durch die frühere Zollerhöhung. Für ihre Fabrikation reiche der inländische Honig reichlich aus. Aber selbst wenn ausländischer Honig verwendet werden sollte, würde die Belastung pro Pfund Honiglebkuchen nur 2 Pfg. ausmachen.

Abg. Weis (freis. Volksp.) hält die Zollerhöhung für die Lebkuchenindustrie für äußerst nachtheilig, kann in ihr aber keinerlei Nutzen für die heimische Bienenzucht sehen. Der amerikanische Honig, den man durch die Zollerhöhung treffen wolle, werde zu ganz anderen Zwecken als der deutsche verwendet.

Abg. Dr. Meyer-Halle (freis. Bgg.) weist darauf hin, daß auch sein Wahlkreis eine ausgedehnte Lebkuchenindustrie neben der Zuckerindustrie besitze. Die Handelskammer in Halle habe deshalb auch den erhöhten Honigzoll bekämpft. Er wolle daher den Borrednern den Ruch nicht lassen, daß Süddeutschland allein Honiglebkuchen fabricire. Auch im halle'schen Lande werde viel Honiglebkuchen productirt, aber den amerikanischen Honig könne man zu seiner Herstellung nicht verwenden, da er schon jetzt zu theuer sei. Die Lebkuchenfabrikanten griffen lieber zum Syrup, also zu einem Surrogat. Die Agrarier, die die Verwendung von Margarine so heftig bekämpften, müßten doch auch hier die Verwendung eines Surrogats verhindern. Aber er betrachte nicht nur die materielle, sondern auch die ethische Seite der Sache. Der Honig habe von jeher die Barbarei bekämpfen helfen, er sei also ein Culturmittel. Seine Verwendung reiche bis in die Kindheit der Menschheit zurück. Neben dem Salz habe nach dem Einzuge der Ceres die Menschheit nur ein Gewürz, den Honig gehabt. Deshalb wende er sich an alle Agrarier mit der Bitte, den Honig nicht zu vertheuern. (Heiterkeit.) Die Dichter hätten nur ihre Schuldigkeit gethan, wenn sie von Altersher den Honig bejubeln hätten. Nach Manasse sei der erste Honiglebkuchen-Bäckerladen in Rom im Jahre 171 entstanden, und bald darauf seien daraus drei Zünfte entstanden. Auch die Zünftler hätten somit ein Interesse daran, den Honig nicht zu vertheuern. Auch in religiöser Beziehung sei der Honig wichtig gewesen. Der Grieche habe sich keinen Gottesdienst ohne Honig denken können. Im Christenthum sei der Honig das Symbol der jungfräulichen Geburt gewesen, aber noch jetzt werde er zu gewissen Gelegenheiten als Weihe von Festen betrachtet, von Oitern und Weihnachten. Er selbst habe am Gründonnerstag seine Honigkugel gegessen, (Heiterkeit) und zu Weihnachten esse jedes Kind seinen Honiglebkuchen. Um den Kindern diesen Honiglebkuchen nicht zu vertheuern, bitte er also die Zollerhöhung abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) ist zweifelhaft gewesen, ob der Borredner eigentlich für oder gegen den Honigzoll spreche; erst zum Schluß habe er Sicherheit darüber gewonnen. Eigentlich habe aber Abg. Meyer so warm für den Honig gesprochen, daß er sich logisch zum Schluß für den Antrag Petoscha hätte erklären müssen. Im Interesse

Elektrische Zeitungsseher.

Der menschliche Erfindungsgeist, welcher bei vorwärtiger Gesellschaftsordnung mit jedem neuen Fortschritt neue Wohlthaten der gesamten Menschheit entgegenbrachte, hat nunmehr wieder auf dem Gebiete der Typographie eine Neuerung geschaffen, die, wenn sich praktisch bewährt, tausende von Seigern und Lesern mit einem Schlage brotlos machen wird. Die Wohlthat muß in der gegenwärtigen Ordnung der Dinge zum Fluche werden. Doch hören wir, was die Erfinder, die Herren Keray-Gorvath und S. Roza in Graz, darüber, sich noch etwas geheimnißvoll, mittheilen: „Die Erfindung ist in ihrem technischen Wesen eigentlich sehr einfach. Die Zeitung soll in Zukunft nicht mehr mit der Hand gesetzt, sondern mittelst einer Schreibmaschine, der ungefähr die zehnfache Schnelligkeit des heutigen Setzens mit der Hand erreicht werden kann, sollen per Stunde 200 bis 300 Zeilen hergestellt werden; die Schreibmaschine giebt zu gleicher Zeit mit dem in Druck wiedergegebenen Text, der den Correcturbogen auch einen Silberpapierstreifen, mit kurzen Zeilen bedeckt, heraus, die combinationsweise angeordnet, von einer chemischen Umwandlung des Silberpapiers herrühren, die die elektrisch leitende Metalle des Silberpapiers nichtleitend gemacht hat. Die Resultate der Correcturen werden an diesem Papierbände

nach dem Correcturbogen der Schreibmaschine vorgenommen und das Ausschleihen der Zeilen ebenda besorgt. Nach diesem Silberpapierbände arbeitet dann ein elektrischer Typograph ohne weitere Handhülfe ganz automatisch. Die Arbeit des elektrischen Typographen, folglich der eigentliche Satz, beruht also auf jenem mit kurzen Strichen bedeckten Metallpapierbände. Und hierin soll das Wesen der Erfindung des telegraphischen Druckes liegen. Denn diesen Papierstreifen mit seinen Strichen automatisch per Draht immer wiederzugeben, bildet kein Problem mehr für die Telegraphie. Der Telegraphenapparat zu diesem Zwecke ist auch ein ganz einfacher. Er ist schon seit vielen Jahren in mehreren Staaten eingeführt und erprobt, functionirt fehlerlos und ist selbst für meteorologische Störungen wenig empfindlich. Der einmal hergestellte Silberpapierstreifen kommt in den Telegraphenapparat, seine Zeichen werden am Bande einer anderen Station wiedergegeben, das hierauf dort ebenso einen elektrischen Typographen functioniren läßt wie in der Centralstation und ebendenselben Druck wiedergiebt. Die Leistungsfähigkeit dieser Telegraphie ist nach den bisherigen Arbeitsergebnissen des Apparates: an einem Drahte circa 500 Zeilen die Stunde. Die nun auf den verschiedenen Stationen zugleich hergestellten bestrichelten Silberpapierstreifen werden hierauf einfach in die elektrischen Typographen hineingesteckt, die sich sowohl in der Centralstation wie in den Filialen befinden. Ueber diesen Streifen beginnt nun ein elektrisches Spiel, indem je nach den Strichcombi-

nationen des Streifens der entsprechende Buchstabe der Reihe nach in eine Pappe gepreßt wird, und so erscheint in den verschiedenen Städten zu gleicher Zeit eine Gußform der Zeitung, die dann überall ausgegossen wird. Mit diesen Stereotypplatten können dann die Zeitungen auf allen Filialen zu gleicher Zeit gedruckt werden. Dieser elektrische Typograph bildet in seiner localen Arbeit eine Ersparniß von circa 86 Procent im Vergleich zum Handsetzen, die durch die telegraphische Uebermittlung wegfalenden beträchtlichen Postspesen ersetzen zum großen Theil schon das Drahtabonnement, und die Telegraphenapparate sind selbst kleine, billige Maschinen, deren automatische Functionen ein einziger Mechaniker auf jeder Station überwachen kann. Daß dieses Verfahren viel Vortheile in sich birgt, ist einleuchtend. Erstens ist der Seiger an der Schreibmaschine an keine fixe Rotationsgeschwindigkeit gebunden, sondern spielt, so schnell es die Fingerfertigkeit überhaupt erlaubt; er braucht nur die Schreibmaschine zu betheiligen. Zweitens besitzt man gleich einen Correcturbogen, bevor die Maschine etwas gedruckt hat. Drittens sind alle Correcturen leicht zu machen, da der Papierstreifen, auf dem der Satz aufgehäuft ist, zum Brechen und Wiederkleben da ist und ein neues Stück leicht eingeschaltet werden kann, wodurch die Correctur leicht zu bewerkstelliger ist, während bei den bisherigen Typensetzmäschinen eine Correctur unmöglich war. In dieser Weise ist das Setzen beim elektrischen Typographen auf die Herstellung eines Papierstreifens beschränkt, mittelst desselben besorgt dann die Maschine

der heimischen Zuckerei sei ein erhöhter Schutz notwendig, und deshalb trete er für die beantragte Zollerhöhung ein.
 Reichssekretär Graf Posadowski widerspricht der Behauptung, daß Naturhonig nicht von Kunsthonig zu unterscheiden sei. Der vom Auslande eingeführte Honig sei aber fast durchweg kein Naturhonig, sondern stark mit Surrogaten vermischt. Danach sei es billig, diesen Honig ebenso wie den Kunsthonig zu besteuern. Daß eine ganze Industrie dadurch vernichtet werde, müsse er für Ueberhebung erklären. Im Princip sei der Honigsoll eine Art Luxussteuer.

Abg. Seeb (frei. Volksp.) kann letzteres keinesfalls zugeben; der Honigsoll jedenfalls sei kein Luxusartikel. Die ärmsten Leute wollten zu Weihnachten ihren Lebkuchen essen. Er müsse sich daher entschieden gegen die Zollerhöhung erklären.

Abg. Wurm (Zoc.) kann nicht einsehen, daß eine Zollerhöhung der deutschen Zuckerei wesentlichen Nutzen bringen könnte. Die Feinbackwaren-Industrie werde einfach Surrogate benutzen, sie werde daher immer mehr zu einer Großindustrie ausgebildet werden. Dafür lehnten seine Freunde die Verantwortung ab und stimmten gegen die Zollerhöhung.

Gehemrath Henke theilt mit, daß der Honigpreis augenblicklich niedriger sei als vor der letzten Zollerhöhung, es könne daher keine Rede davon sein, daß die Industrie geschädigt worden sei.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Verobach wird angenommen, der Commissionsantrag ist dadurch erledigt.

Der neue Zollsat für Cacaoöl (45 Mk. pro 100 kg) wird debattelos angenommen.

Speiseöle als Oliven-, Rohn-, Sesam-, Erdnuß-, Bucheckern-, Sonnenblumen- und raffiniertes Baumwollensamenöl in Fässern beantragt die Commission mit 10 Mark, rohes Feinöl, Baumwollensamenöl in Fässern und Cellulose mit 4 Mk., amtlich denaturirtes Baumwollensamenöl in Fässern mit 3,50 Mk. Zoll zu belagen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) beantragt, unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage, rohes und raffiniertes Baumwollensamenöl gleichmäßig mit 10 Mark, denaturirtes Baumwollensamenöl mit 3,50 Mark (wie im Commissionsantrage) zu belagen.

Abg. Wenders (Centr.) beantragt den Zollsat für denaturirtes Baumwollensamenöl von 3,50 Mark auf 4 Mark zu erhöhen.

Abg. Graf Schwerin-Löwis (cons.) bittet Namens seiner Freunde, den Antrag Stumm anzunehmen, denn sonst würde einfach rohes Baumwollensamenöl eingeführt und im Inlande raffiniert werden. Der beabsichtigte Schutz unserer Landwirthschaft würde damit illusorisch. Vielleicht würde aber auch das rohe Baumwollensamenöl zu Speisefett verarbeitet werden, und das könnte für die Consumenten leicht sanitäre Nachteile mit sich bringen.

Abg. Budeberg (frei. Volksp.) bekämpft anscheinend jede Zollerhöhung, bleibt aber mit seinen Ausführungen auf der Tribüne gänzlich unverständlich.

Gehemrath Henke führt aus, daß nach Annahme der Regierungsvorlage die deutsche Speisefettfabrikation der ausländischen gegenüber noch durchaus concurrenzfähig bleiben würde, wenn auch ihr Gewinn sich verringern würde. Nach den Commissionsberathungen würde die Speisefettfabrikation wesentlich günstiger gestellt sein, denn man würde wahrscheinlich das Baumwollensamenöl in Deutschland raffinieren. Die Regierung müsse deshalb um Wiederherstellung ihrer Vorlage bitten. Es sei ihm sogar zweifelhaft, ob die Vorlage, nachdem sie durch die Commissionsbeschlüsse gerade in ihrem wichtigsten Punkte in ihrer Gegenüberlichkeit verletzt worden sei, für die Regierungen überhaupt noch annehmbar sein würde, zumal den Commissionsbeschlüssen auch

erhebliche zolltechnische Bedenken entgegenständen. Er müsse deshalb dem Hause dringend empfehlen, den Antrag Stumm anzunehmen.

Abg. Harms (Zoc.) würde es im Interesse der arbeitenden Klassen schmerzlich bedauern, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte. Gerade die niedrigste Klasse der Arbeiter müßte den Zoll tragen, auf sie würde er von den Produzenten abgewälzt werden. Eine nicht geringe Zahl von Arbeitern, die jetzt bei der Speisefettfabrikation ihr Brot fänden, würden außerdem nach Annahme des Gesetzes auf die Straße geworfen werden. Er bitte, sowohl die Regierungsvorlage, wie auch die Commissionsbeschlüsse einfach abzulehnen.

Reichssekretär Graf Posadowski weist auf die die beständig steigende Production von Baumwollensamenöl in Amerika hin, das Deutschland als Consumenten nothwendig brauche. Amerika werde also in der Hauptsache den Zoll zu tragen haben. Er habe deshalb auch schwere Bedenken gegen die von der Commission vorgeschlagene Differenzirung, von der die Consumenten sicher keinen Vortheil haben würden, sondern nur die Raffineure. Es sei wunderbar, daß eine so geringe Zollerhöhung so viel Staub aufwirble, während weltgeschichtliche Ereignisse, wie jetzt die Haufe in Petroleum, anscheinend spurlos vorübergingen. Er bitte, die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Der finanzielle Ertrag derselben würde auf höchstens anderthalb Millionen Mark zu veranschlagen sein.

Abg. Graf Kanitz (cons.) möchte den Consum amerikanischen Speisefetts erheblich eingeschränkt sehen, da der Verbrauch vorliege, daß dasselbe viele ungekündete Stoffe enthält. Dazu empfehle sich ein Einfuhrverbot. Das in Deutschland hergestellte Speisefett brauche darum nicht um einen Pfennig theurer zu werden, wohl aber würde die fraudulöse Concurrenz beschränkt, die jenseit heute der Naturbutter mache. Die differentielle Behandlung von raffiniertem und rohem Baumwollensamenöl halte er für ganz verfehlt; werde sie angenommen, so verliere die Vorlage für ihn allen Werth.

Abg. Gamp (Reichsp.) hält die differentielle Verzollung für ganz undurchführbar und bittet, den Antrag Stumm anzunehmen.

Darauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 5^{1/2} Uhr.

Locales.

Breslau, den 25. April 1895.

Zur Maifeier in Breslau.

In der Parteiverammlung, die gestern im kleinen Saale des Stadlflements „Deutscher Kronprinz“ stattfand, ist im Wesentlichen über die Frage der Begehung der Maifeier in Breslau verhandelt und beschlossen worden. Der Vertrauensmann, Genosse Karl Tietze, der in dieser Sache referirte, bemerkte zunächst, daß die diesjährige Maifeier in Breslau unter gänzlich veränderten Verhältnissen stattfinden muß. Während in früheren Jahren hauptsächlich der Akademikerkreis das Hauptgewicht auf den Auszug nach Dömitz-Schwedenchance gelegt wurde, wird in diesem Jahre hauptsächlich der 1. Mai — was auch der Parteitagsbeschlüssen entspricht — als Tag der Kundgebung in Frage kommen. Es sei bekannt, daß der Wirth der Schwedenchance, indem er auf behördliche Maßnahmen hinwies, sich geweigert habe, uns seine Localitäten am 5. Mai zur Verfügung zu stellen, so daß der alljährlich in großartiger Weise erfolgte Auszug nach der Schwedenchance nicht vor sich gehen kann. Was die Vertrauensleute betrifft, so hätten sie ihr möglichstes gethan, um hierfür Ersatz zu schaffen; sämtliche Localitäten in der Umgegend von Breslau seien von ihnen geprüft worden, keines aber habe sich als für den besonderen Zweck geeignet erwiesen. Trotzdem können die Vertrauensleute heute einen Vorschlag zur Veranstaltung der Maifeier machen, der die Breslauer Arbeiterschaft mit Befriedigung erfüllen dürfte. Wenn sonst oft am Tage des 1. Mai in Breslau nur kleinere Versammlungen stattfanden, so daß in dieser Beziehung von einer imposanten Feier nicht die Rede sein konnte, so werden diesmal am 1. Mai in zwei der größten Säle Breslau's — in der „Concordia“ und dem „Deutschen Kronprinz“ — Volksversammlungen stattfinden. Die Referate für die Versammlungen haben die beiden Reichstagsabgeordneten für Breslau, Genossen Franz Lukaner und Dr. Bruno Schornhauf übernommen. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, aus dafür zu sorgen, daß diese Versammlungen, in denen unsere Reichstagsabgeordneten über die Bedeutung des 1. Mai sprechen werden, so zahlreich wie möglich und besonders von Seiten besucht sind, die sich sonst aus ihrer Gleichgültigkeit nicht anstellen lassen; es muß durch diese Versammlungen eine Demonstration zu Stande kommen, wie sie in Breslau noch nicht dagewesen ist. Was den Auszug an Sonntag nach dem 1. Mai anlangt, so wird, wie Redner weiter erzählt, vorgeschlagen, am 5. Mai Nachmittag in ungezogener Weise nach dem Dorfe Dömitz zu ziehen, da sich die Kirche dorthin bereit erklärt, die vielen Tausende von Mannschaften, die sonst nach der Schwedenchance gehen, gütlich aufzunehmen. In Dömitz kann allerdings ein Concert oder dergleichen nicht veranstaltet werden; dafür findet am Abend des 5. Mai im großen Saale des „Deutschen Kronprinz“ ein Tanzfest statt. Redner meint zum Schluß, daß wir unseren

Begnern wieder einmal gezeigt haben, wie wenig die Hindernisse bedeuteten, die sie uns in Sachen der Maifeier in den Weg legten. Sie haben nichts erreicht. Es werden am 1. Mai zwei große Volksversammlungen stattfinden und am Sonntag darauf, also am 5. Mai, geht ein Auszug vor sich, zwar nicht nach der Schwedenchance, so doch nach Dömitz, und es ist kein Zweifel, daß die Theilnahme an demselben seitens der Arbeiterschaft Breslau's mindestens ebenso zahlreich wie in den Vorjahren, wenn nicht noch massenhafter sein wird, die diesjährige Maifeier gestalte sich zu einem Ruhmestag in der Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung.

Durch die Verzögerung in der Beschlußfassung über die Maifeier ist auch die Frage bezüglich der Maifeierzeichen bis jetzt nicht zur Erledigung gekommen. Immerhin ist es, wie Genosse Tietze mittheilt, möglich gewesen, die Angelegenheit soweit zu beschleunigen, daß heut schon Maifeierzeichen zum Verkauf gelangen können und wird es Pflicht der Parteigenossen sein, den Verschleiß derselben energisch zu betreiben. Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Debatte mit den Vorschlägen des Referenten einverstanden. — Von einem Pöpelwitzer Genossen wurde im Anschluß an die obigen Verhandlungen die Localfrage in Pöpelwitz zur Sprache gebracht und dabei lebhaft bedauert, daß zur Lösung immer noch nichts geschehen sei. Ferner empfiehlt er, bei Gelegenheit der Maifeier die dortigen Locale zu meiden. Die Debatte über die Localfrage in Pöpelwitz und die eventuelle Verhängung eines Boykotts gestaltete sich zu einer sehr lebhaften. Insbesondere weist Genosse Giesemann als Vertrauensmann den Vorwurf der Verschleppung der Pöpelwitzer Angelegenheit entschieden zurück. Ihre Erledigung wird zunächst von ihm bald in die Hände genommen werden, so daß sich in nächster Zeit eine größere Versammlung mit der Sache beschäftigen kann. Zur Frage der Parteiorganisation führte Genosse Geiser aus, daß sie gar manches zu wünschen übrig lasse und es nothwendig sei, auch hier etwas zu thun. Nach Annahme eines diesbezüglichen Antrages wählte die Versammlung eine aus den Genossen Brubns, Geiser, Diepelt, Neukirch und Zahn bestehende Commission, welcher die Frage der Parteiorganisation in Breslau zur Vorberathung überwiesen wurde mit dem Auftrage, diesbezügliche Vorschläge zu machen. Nach der Aufforderung an die Genossen, sich recht zahlreich an der nächsten Sonntag stattfindenden Hausagitation zu betheiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

* Einsturz eines Neubaus. Ein Schwindelbau auf der Matthiasstraße, der in Folge schlechter Ausführung einzustürzen drohte, wird gegenwärtig, wie bereits gestern mitgetheilt, auf polizeilichen Befehl vollständig abgetragen und so ein vielleicht größeres Unglück noch rechtzeitig verhütet. Da kommt aus einem anderen Theile der Stadt die Nachricht von dem Zusammensturz eines Neubaus auf der Brunnenstraße, wobei mehrere auf dem Bau beschäftigte Arbeiter verunglückten und nicht unerhebliche Verletzungen erlitten haben. Ueber das Vorkommniß wird berichtet:

Gestern Nachmittag 4^{1/2} Uhr gewahrte der Besitzer und gleichzeitige Bauleiter, Bauunternehmer Matthias Laake, in seinem bis unter das Dach bereits aufgeführten, vier Stock hohen Neubau Brunnenstr. 34, das zweite Haus von der Neuborfstraße, an einem Trapezfeller des Treppengewölbes im Parterre einer sich rasch verbreiternden Riß. Die Gefahr erkennend, alarmirte er die im Neubau beschäftigten Arbeiter, deren größerer Theil zum Glück die Besperzeit etwas verlängert hatte, durch Zuruf und rettete sich selbst ins Freie. Wenige Minuten später brach der ganze südwestliche Giebel und mit ihm fast die Hälfte des Innenbaues donnernd in sich zusammen, einen wüsten Trümmerhaufen von fast zwei Stockwerk in Höhe bildend, aus dem die Constructions- und Dachbalken heraustragen. Leider hat der Zusammensturz vier Arbeiter verletzt, von denen einer schwerverwundet, ein zweiter leichter verletzt in das Hospital überführt werden mußten, während die beiden anderen ihre Wunden zur Pflege aufsuchen konnten. Unmittelbar nach dem Zusammensturz traf unter Leitung des Branddirectors Herzog die Feuerwehr auf der Unglücksstätte ein, und bald darauf der Polizeipräsident Dr. Biens und unter dem Commando mehrerer Commandos eine größere Anzahl Schutleute, welche den Platz absperrten. Auch die städtische Baudeputation war am Plage vertreten. Der Ostgiebel des Einsturzhauses, dessen Pläne von dem Maurermeister Vertsch Lange gezeichnet sind, hatte sich um 6 Uhr bereits vollständig vom Nachbarhause, Brunnenstraße 32, abgelöst und wird bei der ersten Erleichterung durch den Wind oder irgend einen Zufall gleichfalls in die Tiefe gehen. Der sichengebliebene

sofort gußfertig, ohne weitere Arbeitshilfe, das Gestellen der Spalten.

Die Billigkeit der Maschine und des Verfahrens ist wohl das Ausersehene, was erreicht werden kann. Während die Preise der Sezmashinen, mit denen bisher Berichte angefertigt wurden, zwischen 70,000 und 100,000 Mark varirten, ist der Preis eines „Electrischen Typographen“ nicht über 3400 Mark anzuschlagen, da derselbe eine kleine einfache Maschine ist, die billig hergestellt werden kann. Eine Maschine kann zugleich zwei Spalten à 60 Zeilen pro Stunde liefern, also nämlich 120 Zeilen. Jetzt Maschinen liefern 1200 Zeilen, bei zehnständiger Arbeitszeit 12,000 Zeilen. Und es soll hier auch erwähnt werden, daß der Satz gleich zweifertig für die Stereotypie herbeizubringen.

Wollte man ermeßen, welche vernichtende Bedeutung diese Erfindung für die vielen Tausende in dieser Industrie Beschäftigten haben kann, so braucht man sich nur vorzustellen, daß es sich hier um nichts Geringeres handelt, als dieselbe Zeitungsnummer mit einem und demselben Arbeitspersonal von sehr geringer technischer Schulung zu gleicher Zeit mit gleichem Druck in beliebig vielen Städten erscheinen zu lassen.

56 Procent Ersparniß an Arbeitskraft im Vergleich zum Handsetzer sind kein Pappenschild und wohl geeignet, eine vollkommene Revolution hervorzuheben.

Aber noch einen Vortheil haben die Erfinder übersehen, hervorzuheben. Die Redactoren und Zeitungs-schreiber werden den modernen Fortschritten consequenterweise nicht länger widerstehen können, die Feder in's alte Eisen werfen und sich nach und nach an den Gebrauch der Schreibmaschine gewöhnen müssen. Die Würden aber dann Staatsanwalt und Polizei die Antorschaft irgend eines „hochverrätherischen“ Artikels nachzuweisen, selbst wenn es ihnen gelingt, das Manuscript nach erfolgter Drucklegung zu finden?

Vordertheil des Hauses wird jedenfalls abgetragen werden müssen.

Bei der Feststellung der Zahl der Verletzten ergab sich, daß 5 Personen verunglückt sind. Dies sind die Maurer Lukas und Franz Schubert, Zimmermann Paul Schmidt, Maurer-Polier Dapler und der Bauführer Vaste. Lukas und Schubert sind schwer verletzt und wurden mit dem an die Unglücksstätte gerufenen Krankenwagen dem Wenzel-Handel'schen Krankenhause zugeführt. Die anderen drei Personen erlitten nur leichte Verletzungen. Ueber die Ursache des Zusammenstoßes, der nach Innen zu stattfand, ist vorläufig noch nichts festgestellt. Die Baustelle wird, um weiteren Unglücksfällen bei etwa noch einbrechenden Mauern vorzubeugen, vollständig abgesperrt werden. Zur Zurückhaltung des nach Tausenden zählenden Publikums war ein großes Schutzmannaufgebot erforderlich. Die Schuld an diesem Eintritt liegt in der ganzen Bauweise, sowohl in der Benutzung schlechten Materials als in der durch Accordlätze herbeigeführten nachlässigen Arbeit. Diese Art und Weise der Neubauten-Ausführungen — von der das Haus Matthiasstraße 42, das im langsamen Sinken begriffen ist und bis auf den Grund auf polizeilichen Befehl abgetragen werden muß, gleichfalls ein schlagendes Beispiel ist — kann nicht hart genug beurteilt werden. Der Bauunternehmer spielt nicht nur mit seinem oder fremdem Gelde in unverantwortlicher Weise, das wäre immorhin ein zu ersehender Schaden, sondern mit dem Leben und der Gesundheit zahlreicher Arbeiter und das ist ein Verbrechen, der gründliche Ahndung heischt.

* Eine Versammlung des Gewerkschafts cartells findet heute Abend im Local „Zum Merkur“, Schuhbrücke 42, Ecke Universitätsplatz, statt. Angesichts der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Delegierten, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen.

* Stadt-Theater. Donnerstags gelangt Shakespeares Lustspiel „Der Kaufmann von Venedig“ zur Aufführung. Als Parzia gastirt Fr. Dubois vom Stadt-Theater in Grefeld, als Shylock Herr Max Baurhammer vom Hoftheater in Weimar. Morgen, Freitag, findet eine Wiederholung der Operette „Die Fledermaus“ in der bekannten Opernbefetzung statt.

* Lobe-Theater. Heute, Donnerstag und morgen Freitag finden die letzten Aufführungen von Sardous glänzend ausgestatteten Sensations-Schauspiel „Hismonda“ mit Marie Reisenhofer in der Titelrolle statt. Zu der am Sonnabend stattfindenden Premiere von „Alles wider Kassen“ beginnt heute Donnerstag der Billet-Botverkauf. Das Gastspiel Reisenhofer dauert nur noch einige Tage, da die Winter-Saison sich ihrem Ende zuneigt, am 4. Mai beginnt die Sommer-Saison in Liebichs Etablissement; mit dem Umbau der Bühne wird bereits in diesen Tagen begonnen. Das neuengagirte Operettenpersonal ist hier eingetroffen und finden täglich Proben zu Dellingers neuester Operette „Die Chansonnette“ statt, womit die Operetten-Saison eröffnet werden dürfte.

* Die Tiefbauarbeiten zur Verlegung der Gas- und Wasserleitungen auf der Schweidnitzerstraße haben gegenüber dem Stadt-Theater soeben begonnen.

* Kellerbrand. Am 24. d. Mts., Nachmittags 3 1/2 Uhr, entstand in den Kellerräumen des Grundstücks Museumsplatz 8 ein Brand, der die Thätigkeit der Feuerwehr eine volle Stunde in Anspruch nahm. Der Brand, der vom Schornstein ausgegangen war, hatte eine Anzahl Leuten, Maculatur und verschiedene Effecten ergriffen. Die Ablöschung erfolgte durch Angriff mit einem Schlauchgang.

* Vermißt wird seit dem 19. d. Mts. die Breitenstraße 42 wohnhaft gewesene 20 Jahre alte Kellnerin Bertha Guse. Dieselbe ist klein, schwächlich, hat schwarzes Haar und war bei ihrem Weggang mit schwarzem Kleid und hellem Umhang bekleidet.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängnis wurden am 23. d. Mts. 60 Personen eingeliefert. — A h a n d e n kamen: Eine Granatbroche in Form eines Pfeiles mit dem Buchstaben M.; ein Haararmband mit Goldverzierungen. — G e s u n d e n wurden: Ein Dreimarkstück, ein Opernglas, eine goldene Brosche mit Stein, ein Rosenkranz, ein Fächer, ein Kinder-Korallenarmband, eine Handtasche.

Gerichtliches.

Generalanzeiger contra Schöps. Unseren Lesern wird noch die Fehde des „Generalanzeigers“ gegen die „Volkswacht“ in Erinnerung sein. Anfangs März v. J. brachte nämlich der „Generalanzeiger“ eine Notiz, in welchem der Entrüstung Ausdruck gegeben war, daß die Redaktion des Blattes von dem Kassirer des Lobetheaters schwer beleidigt worden sei, und daß deswegen die bisherigen guten Beziehungen zu dem Theater abgebrochen worden seien. Die „Volkswacht“ nahm Veranlassung, über den Vorfall den Lesern Kenntniß zu geben, wobei sie den wahren Grund der Mißbilligungen zwischen Lobetheater und „Generalanzeiger“ aufdeckte. Der Leiter des Kunst-Instituts habe die große Bilettschnorrerei der Redaktion des „Generalanzeigers“ überdrüssig bekommen und weitere Freibillets einfach verweigert. Im Uebrigen kritisirte die „Volkswacht“ die Art und Weise der Recensionen des genannten Blattes der am Lobetheater aufgeführten Stücke, wobei sie folgende Bemerkung machte: „Es macht sich ein merkwürdiger Zwiespalt zwischen dem redactionellen und Injunctenthail des „Generalanzeigers“ geltend. Auf der einen Seite zeige man eine tiefe Entrüstung gegen ein ganz harmloses dramatisches Werk,

während auf der anderen Seite das Blatt unsittlichen Zwecken diene. Auf diesen Artikel laudten die Redacteurs Oldenburg, Müller, Hoffmann, Wandelt und Görlich der „Volkswacht“ eine Berichtigung, worin sie vorbrachten, daß sie außer den üblichen Passpartout-Billets und sonstigen Freibillets keine Billets erhalten hätten. Die „Volkswacht“ nahm diese Berichtigung zwar an, bemerkte aber, indem sie die Bilettschnorrerei aufrecht hielt, daß die Herren eine bewußte Unwahrheit gesprochen haben. Die genannten Redacteurs strengten darauf gegen den verantwortlichen Redacteur der „Volkswacht“, Reinhold Schöps, die Privatklage an, und der Fall kam am 13. September v. J. vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Es traten als Zeugen auf: der Director des Lobe-Theaters, Witte-Wild, dessen Kassenbeamten Pfeiffer und Jacob und der Redacteur der alten „Gerichts-Zeitung“, Paul Watsch. Es wurde von den drei erstgenannten Zeugen übereinstimmend bekundet, daß der Redacteur Dr. Hoffmann sich des Mißbrauchs von Theater-Freibillets schuldig gemacht habe, zudem seien noch oft Leute in schätzbaren Anzügen, mit Zetteln an den Kassirer herangetreten, um Freibillets zu erlangen. Bei den übrigen Redacteurs konnte ein Mißbrauch von Freibillets nicht nachgewiesen werden. Das Urtheil lautete gegen Schöps auf eine Geldstrafe von fünfzig Mark. Das Gericht nahm an, daß dem Beklagten der Schutz des § 193 des Preßgesetzes zu Gute komme, daß ferner der Beweis der Wahrheit in betreff des Mittlägers Dr. Hoffmann als erbracht anzusehen ist und daß die übrigen Kläger sich mit Hoffmann solidarisch erklären wollten. Eine Strafe von 50 Mark sei daher vollkommen ausreichend. Gegen dieses Urtheil legten die Parteien Berufung beim Landgericht ein. Nach zweimaliger Vertagung kam die Sache gestern vor der dritten Strafkammer zum Schluß, als Vorsitzender fungirte Landgerichts-Director Lauske. Es traten hier dieselben Zeugen wieder auf, und außerdem die Gattin und die Tochter des Dr. Hoffmann, Frau Kaufmann Treitel und Artist Mde. Die Verhandlung, die 4 1/2 Stunden in Anspruch nahm, ergab dasselbe Resultat wie in der ersten Instanz. Es wurde von dem Director Witte-Wild, dem Kassirer Pfeiffer und Secretär Jacob wiederholt bekundet, daß Dr. Hoffmann sich außer dem ihm zukommenden öfters mehrere, ja bis sieben Freibillets aushändigen ließ, was schließlich dem Director bei seiner großen Freigebigkeit dennoch zu viel wurde. Die Aussagen der übrigen Zeugen waren unwesentlich und kamen weiter nicht in Betracht. Außer den genannten Zeugen waren auch die früheren Redacteurs des „General-Anzeigers“ Lieblich und Giesel com-missarisch vernommen worden. Lieblich jagt aus, daß er sich darüber wundere, daß seine Collegen von den vielen Freibillets, um die Dr. Hoffmann immer nachgesucht habe, kein Wissen haben wollen. Es könne ihnen dies nicht entgangen sein. Zwischen den Verteidigern der Parteien, Rechtsanwalt Schreiber für den „General-Anzeiger“ und Rechtsanwalt Marcuse für Schöps wurde ein harter Strauß ausgefochten. Rechtsanwalt Schreiber verlangte eine Verschärfung der ersten Strafe; der Vorberrichter sei nicht von der richtigen Auffassung ausgegangen, wenn er angenommen, daß Redacteur Oldenburg, Müller, Görlich u. sich mit ihrem Collegen in diesem Falle solidarisch erklären müssen. Schöps habe auch nicht in Wahrung berechtigter Interessen geschrieben. Eine Verschärfung müsse unbedingt Platz greifen, weil Schöps dem „General-Anzeiger“ Unsittlichkeit vorgeworfen. Rechtsanwalt Marcuse führte dagegen aus, daß der § 193 dem Angeklagten unbedingt zuzubilligen sei, der „General-Anzeiger“ habe ein Kunstinstitut, das in einem guten Ruf stehe, in unqualificirbarer Weise angegriffen, und da dürfe wohl eine Zeitung ein solches Gebahren aufdecken und es ins rechte Licht stellen. Das habe die „Volkswacht“ gethan. Der Beweis in betreff Hoffmanns sei erbracht; die „Volkswacht“ habe selbstverständlich nur die Herren treffen wollen, die sich des Mißbrauchs mit Freibillets schuldig gemacht; es sei daher nicht eine bewußte Unwahrheit, wenn behauptet werde, daß keiner der Redacteurs von Freibillets etwas wissen wollte. Hätte er gewußt, daß sein Gegner die Bemerkung der „Volkswacht“ von der Unsittlichkeit des „General-Anzeigers“ als einen Strafe-Verschärfungspunkt vorbringen werde, so würde er die Beweise für jene Behauptung in vielen Exemplaren des Anzeigers dargethan haben. Er beantragte Freisprechung oder es bei dem ersten Urtheil bewenden zu lassen. Im Uebrigen nahm der Verteidiger den Redacteur Schöps gegen die Angriffe seines Gegners in Schutz. Der Gerichtshof nahm zwei Beleidigungen, die in beiden Artikeln der „Volkswacht“ enthalten sein sollen, an und erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark oder 40 Tage Haft. Der Schutz des § 193, führte der Vorsitzende aus, könne dem Angeklagten nicht zugebilligt werden. — Schöps wird sich bei dem Urtheil nicht beruhigen, sondern gegen dasselbe Berufung beim Oberlandesgericht einlegen. Schließlich müssen wir noch eines Zwischenfalls Erwähnung thun. Als der Zeuge Secretär Jacob ausfragt, daß Redacteur Hoffmann eines Sonntags Nachmittags sich persönlich sieben Freibillets habe geben lassen, rief dieser müthend aus: „Das ist eine Lüge“. Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück und beschloß, dem Dr. Hoffmann eine Ordnungsstrafe von 20 Mark aufzuerlegen.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 24. April. Das Verhältnis Deutschlands zu Japan und die Stellungnahme der Regierung gegenüber dem japanisch-chinesischen Friedensschluß dürfte, wie aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, demnächst im Reichstage Gegenstand der Verhandlungen werden. Es finden Privatgespräche statt über die Form, in welcher der vollzogene Anschluß der deutschen Regierung an die russisch-französische Intervention gegen die Friedensvereinbarungen demnächst zur Sprache gebracht werden soll. — Die „N. A. Z.“ beitätigt, daß die in Vorbereitung befindliche Robelle zum Zuckerenergiegesetz dem Reichstage demnächst zugehen dürfte und daß nach derselben die auf Grund des geltenden Gesetzes bevorstehende weitere Herabsetzung der Ausfuhrvergütungen suspendirt werden soll. — **Paris**, 24. April. Bei der gestern stattgehabten Reichstagswahl in Hirteln-Hofgeismar erhielten Dießhoben (Nat.) 4435, v. Wächter (Soc.) 1995, Souchan (nat.) 1156,

Birchow (freis.) 437, Martin (Rechtsp.) 177 Stimmen. Aus 30 Kleinen Ortschaften steht das Resultat noch aus. Die Wahl des Antisemiten scheint gesichert. — Im Jahre 1893 wurde bei den Hauptwahlen der Antisemit Werner in der engeren Wahl gewählt. Es erhielten damals im ersten Wahlgange der Antisemit 3835, der Socialdemokrat 2728, die freisinnige Volkspartei 1012, die Reichspartei (die Freiconservativen) 4812, das Centrum 368, die heftigste Rechtspar-tei 306 Stimmen. In der Stichwahl zwischen dem Freiconservativen und Werner fielen auf Werner 8035, auf den Freiconservativen 6227 Stimmen. Der Gewählte, weil noch in einem anderen Wahlkreise Sieger, lehnte ab. Es kam zur Nachwahl, bei der wieder in der Stichwahl der Antisemit König siegte. Es erhielten im ersten Wahlgange die Conser-vativen 1492, die Antisemiten 4419 Stimmen. Der Conser-vative unterlag mit 3769 gegen 6631 Stimmen.

— **Oldenburg**, 24. April. Der Proceß gegen den Pastor Partisch, der wegen Unterschlagung Betrugs und unbefugter Führung des Doctortitels angeklagt ist, hat heute unter großem Andrang des Publikums vor der Ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts begonnen. Den Vorsitz führt Landgerichtspräsident Hattenbach, die Staatsanwaltschaft vertritt Landgerichtskassessor Ruffstrat. Die Verttheidigung führt Rechtsanwalt Schwarz aus Oldenburg. Der Angeklagte Partisch bestreitet seine Schuld.

— **Frankfurt a. M.**, 24. April. Der Petersburger Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt zuverlässig, der russische Minister des Aeußeren verhalte sich seit einigen Tagen sehr kühl gegenüber den französischen Vorschlägen bezüglich eines energischen französisch-russischen Einschreitens in Ostasien. Alles deute auf Passivität seitens Rußlands, weil England am verflorenen Sonnabend kundgegeben hat, daß es gegen den Friedensvertrag nichts einzuwenden habe. Desgleichen verhalten sich die Dreimächte sehr reservirt. Ein besonderes, aus Vertretern der beschiedenen Ministerien zusammengesetztes Comité beräth über Maßregeln, weil russischen Kriegsschiffen die Einfahrt in japanische Häfen erschwert worden ist. Die öffentliche Meinung ist stark erregt.

— **Wien**, 24. April. Aus sicherer Quelle erfährt der Correspondent der „Neuen Freien Presse“, daß die russische Regierung auf keinen Fall die Abtretung chinesischen Gebietes auf dem Festland an Japan zulassen werde.

— **Saibach**, 24. April. Auch heute haben einige leichte Erderstöße stattgefunden. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist normal; die Baucommissionen sind unausgesezt thätig.

— **Warschau**, 24. April. In mehreren größeren Fabrikstädten Polens ist eine große Anzahl socialistischer Arbeiter verhaftet worden. Sie wurden in die hiesige Citadelle übergeführt. Zahlreiche Hausdurchsuchungen fanden statt. Auch mehrere Damen, die durch die Hausdurchsuchungen als verdächtig erschienen, wurden verhaftet.

— **Łódz** (Ruffisch-Polen), 24. April. Die Weberrei von Krusche u. Sander in Pabianice ist niedergebrannt. Der Materialschaden beträgt 1/4 Million Rubel. 600 Arbeiter sind beschäftigungslos.

— **Rom**, 24. April. Das Urtheil des Cassationshofes über die Appellation Giolitti hebt den Beschluß der Anklagkammer sowohl bezüglich der Unterschlagung von Documenten, wie bezüglich der Verleumdungsflagen auf. Für ein weiteres Vorgehen gegen Giolitti ist die Intervention der Deputirtenkammer nöthig.

— **Rom**, 24. April. Die Regierung von Venezuela hat an Italien 400,000 Mark für die beim letzten Bürgerkrieg geschädigten Italiener ausgezahlt.

— **Paris**, 24. April. Die Omnibus-Verwaltung macht den Streikenden einige Concessionen, aber die Versammlung der Streikenden im Eivoli und Baughall erachtete die Concessionen als ungenügend und beschloß die Fortsetzung des Streiks.

— **Madrid**, 24. April. Die Regierung hat heute einen Erlaß veröffentlicht, demgemäß 200,000 Mann neue Truppen einberufen werden sollen. 3200 Mann gehen im Laufe der nächsten Woche nach Cuba ab.

— **London**, 24. April. Bei der gestrigen Erstagwahl im Mittel-Norfolk eroberten die Unionisten den Sitz mit 4112 gegen 3904 Stimmen. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1892 betrug die liberale Mehrheit 470 Stimmen.

— **Philadelphia**, 24. April. Da die Freunde Venezuelas eine heftige Campagne gegen die Propaganda für die Silberprägung in der demokratischen Partei eröffnet haben, und da geglaubt wird, der Präsident beabsichtige, sich im Jahre 1896 als demokratischer Candidat mit dem Programm der Gegnerschaft gegen die freie Silberprägung aufstellen zu lassen, nimmt man an, daß beide Parteien bei dem Präsidenten-Wahlkampfe die Silberfrage als Wahlparole aufstellen werden und daß hierdurch die Spaltung der demokratischen Partei herbeigeführt werde.

Standesamtliche Nachrichten.

Rom 24. April.
Heiraths-Ankündigungen. I. Ruffcher Josef Marz, kath., Stockgasse 12, und Pauline Kühnel, ev., Holsteistr. 46. — Kohlenhändler Simon Kullig, kath., Berlinerstr. 47, und Agnes Spallek, kath., Karuthstr. 9. — II. Hausdiener Wilh. Reudel, ev., Schweidnitzer Stadtgraben 9, und Emma Bogt, evang., Färkenstr. 15. — III. Arbeiter Carl Dzimdale, ev., Trebnitzer Chaussee 6, und Anna Peter, kath., ebenda. — Gheschlichkeiten. I. Schmied Robert Jer, ev., mit Anna Donat, ev., hier. — Ausschänker Albert Walter, kath., mit Bertha Wenzel, kath., hier. — Sattler und Tapezierer Peter Papdus, kath., mit Hedwig Frafel, kath., hier. — Trompeter und Sergeant Franz Bernert, ev., Glewitz, mit Emma Streit, ev., hier. — II. Keuner Josef Hoffmann, kath., mit Anna Hoffmann, ev., hier. — Bäcker Wilhelm Krusch, evang., mit verm. Rosina Pöpel, geb. Deuß, ev., hier. — Drechsler Paul Maywaldt, ev., mit Auguste Lampel, ev., hier. — III. Arbeiter Hermann Franke, kath., mit Clara Scholz, evang., hier. — Drauer Alexander Wolf, kath., mit Rosina Petruschke, geb. K... ev., hier. — Arbeiter August Bleisch, kath., mit Anna Krause, evang., hier. — Buchhalter Friedrich Groppietich, ev., mit Caroline Junger, ev., hier. — Brennschmied Gottlieb Pöhl, ev., mit Ida Schleich, ev., hier.

4. Ziehung der 4. Klasse 192. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die Gewinne über 210 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

24. April 1895, vormittags.

Table of lottery numbers for the 4th class, 192nd drawing, April 24, 1895. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Table of lottery numbers for the 4th class, 192nd drawing, April 24, 1895. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Stadt-Theater. Donnerstag: Der Kaufmann von Venedig. Freitag: Die Fledermaus. Lobe-Theater. Donnerstag: Die große Glocke. Freitag: Shtlombda.

Circus Renz. Breslau, Louiseplatz. Heute Donnerstag, den 25. April, Abends 7 1/2 Uhr: Vollständig neues Genre! Zum ersten Male! Novität! Tjo Ni En. Beim Jahreswechsel in Peking. Arrangirt und inscenirt vom Director Fr. Renz.

4. Ziehung der 4. Klasse 192. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die Gewinne über 210 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

24. April 1895, nachmittags.

Table of lottery numbers for the 4th class, 192nd drawing, April 24, 1895. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Table of lottery numbers for the 4th class, 192nd drawing, April 24, 1895. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Wissen Bier. Helfen und dünnen Lagerbiere. Brauerei Gärtnische & Co. Grödenlohe-Breslau. Mit dem Gussch unferes hochfeinen, klaren Wissen Bieres...